

Sozialistische Linke:
Realistisch und Radikal.

DIE LINKE.

Den Programmentwurf offensiv verteidigen!

Beiträge zur Programmdebatte

**Workshop der Sozialistischen Linken Berlin
zum Grundsatzprogramm der Partei DIE LINKE**

**am 31. Oktober 2010
in Berlin**

Impressum

Herausgeber: Sozialistische Linke Berlin Website: www.sozialistische-linke.de

Redaktion: Marianna Schauzu E-mail: m.schauzu@web.de

Druck: Eigendruck

Berlin, Dezember 2010

Inhalt

	Seite
Vorwort	4
Programm des Workshops	5
I. In welchem Kapitalismus leben wir?	
Gretchen Binus	6
II. Was ist das Subjekt der Veränderung?	
Andreas Wehr	15
Ekkehard Lieberam	22
III. Wo kommen wir her	
Ellen Brombacher	30
IV. Was schlagen wir vor	
Lydia Krüger	34
Ralf Krämer	41
Referenten	46

Vorwort

„Unsere Programmdebatte soll kontrovers geführt werden. Inhaltliche Debatten haben Linken noch nie geschadet, wenn klar war, dass wir miteinander um die besten Lösungen für die Menschen streiten.“

Klaus Ernst, Vorsitzender der Partei DIE LINKE,
auf dem Programmkonvent am 7. November 2010 in Hannover

Im März 2009 wurde der erste Entwurf für ein Programm der Partei DIE Linke vorgelegt. Seitdem findet sowohl parteiintern als auch öffentlich eine intensive Debatte über den Entwurf statt. Zahlreich sind die Angriffe auf die Kernaussagen des Entwurfs. In den Medien wurden insbesondere das Festhalten an der Sozialismusperspektive und die Forderungen nach Vergesellschaftung der Banken und Schlüsselindustrien heftig kritisiert. Entsprechende Einwände wurden auch innerhalb der Partei, etwa vom *Forum demokratischer Sozialismus* (FdS), erhoben.

Die Sozialistische Linke Berlin hat sich als eine im Landesverband arbeitende innerparteiliche Strömung mit einem Workshop am 30. Oktober 2010 in der Programmdebatte zu Wort gemeldet. Sie tat dies unter der Überschrift „Den Programmentwurf offensiv verteidigen!“ Damit sollte zum Ausdruck gebracht werden, dass die Veranstalter und durchweg auch die Referenten und Teilnehmer in dem Entwurf ein verteidigungswertes Dokument sehen. Übereinstimmung bestand auch darin, dass der Entwurf, zumindest in seinen Grundaussagen, geeignet ist, als erstes Programm der neuen Partei DIE LINKE verabschiedet zu werden. „Offensiv verteidigen“ bedeutet zugleich, diesen Entwurf kritisch zu würdigen, auf Schwachstellen aufmerksam zu machen und Vorschläge für Veränderungen zu machen. Nur wenn man die vorhandenen Schwächen offen benennt, schafft man auch die Voraussetzungen dafür, ihn zu verbessern.

Bei der Gliederung des Workshops wurde mit dem Eingangsthema „In welchem Kapitalismus leben wir?“ von der Analyse der bestehenden kapitalistischen Gesellschaft ausgegangen. Anschließend wurde unter der Überschrift „Was ist das Subjekt der Veränderung“ die Frage nach den Klassen und nach Klassenbewusstsein gestellt. Die besondere Situation der Partei DIE LINKE, deren Mitglieder aus den unterschiedlichsten Bewegungen und Parteien, aus Ost und West kommen, ließ es angebracht erscheinen, einen Themenblock „Wo kommen wir her?“ in das Programm aufzunehmen. Den Abschluss bildete unter der Überschrift „Was schlagen wir vor?“ die Diskussion der konkreten Forderungen der Partei für eine veränderte Politik.

Die Referenten des Workshops sind Mitglieder der Sozialistischen Linken und anderer linker Strömungen in der Partei, der Kommunistischen Plattform und des Marxistischen Forums. Damit bot der Workshop zugleich eine gute Gelegenheit, Vertreter dieser verschiedenen Gruppen in einen Dialog untereinander zu bringen.

Den meisten Referenten war es möglich, ihre Beiträge im Anschluss an den Workshop schriftlich auszuarbeiten. Sie finden sich in diesem Reader, mit dem sie zugleich der interessierten Öffentlichkeit, und hier insbesondere den an der Programmdiskussion beteiligten Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden. Dies geschieht zugleich in der Hoffnung, damit die Programmdiskussion ein Stück nach vorne zu bewegen.

Marianna Schauzu

Berlin, im November 2010

Programm des Workshops

Block 1: 09.30 – 11.30 **In welchem Kapitalismus leben wir?**

Im Monopolkapitalismus, im finanzmarktgetriebenen Kapitalismus, im Neoliberalismus, im globalisierten Kapitalismus oder wo?

Referenten: **Gretchen Binus, Fabio de Masi**

Block 2: 11.45 – 13.45 **Was ist das Subjekt der Veränderung?**

Die Arbeiterklasse, neue soziale Bewegungen, Bürgerrechtler, Ökolibertäre oder wer?

Referenten: **Andreas Wehr, Ekkehard Lieberam**

13:45 – 15:00

Mittagspause

Block 3: 15.00 – 17.00 **Wo kommen wir her?**

Aus der Tradition der Arbeiterbewegung, aus den neuen sozialen Bewegungen, aus einer neuen Bürgerrechtsbewegung oder woher sonst?

Referenten: **Ellen Brombacher, Kurt Neumann,**

Block 4: 17.00 – 19.00 **Was schlagen wir vor?**

Die Vergesellschaftung von Banken und Schlüsselindustrien, Mitarbeiterbeteiligung, Rekommunalisierung, die Umverteilung über Steuern oder was?

Referenten: **Lydia Krüger, Ralf Krämer**

I. In welchem Kapitalismus leben wir?

Im Monopolkapitalismus, im finanzmarktgetriebenen Kapitalismus, im Neoliberalismus, im globalisierten Kapitalismus oder wo?

Gretchen Binus

In der Themenwahl sind schon verschiedene Bezeichnungen zur Kennzeichnung der gesellschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart genannt. Sie könnten noch um einige in der Öffentlichkeit gebräuchliche ergänzt werden - wie Raubtier-, Kasino- oder Turbokapitalismus, Informationskapitalismus, Finanzmarktkapitalismus (FMK), Finanzmonopolkapitalismus, staatsmonopolistischer Kapitalismus (Stamokap oder SMK) oder auch Management-Kapitalismus. Die Charakterisierung des heutigen Gesellschaftssystems mit den verschiedensten Begriffen richtet sich offenbar danach, welcher Aspekt sozialer Wirksamkeit im Blickfeld der Betrachtung dieses gesellschaftlichen Systems steht. Oft wird dabei jedoch von den grundlegenden Bedingungen, den eigentlichen Zusammenhängen sowie den daraus erwachsenden Widersprüchen und politischen Realitäten abstrahiert.

Um eine Antwort auf diese Frage zu geben, möchte ich kurz auf drei Aspekte eingehen - auf die monopolistische Machtkonzentration als grundlegendes Merkmal der entwickelten kapitalistischen Gesellschaftsordnung, auf den Funktionsmechanismus des Systems in seiner Entwicklung und auf eine Kennzeichnung des heutigen kapitalistischen Systems.

Erstens. Zur monopolistischen Machtkonzentration

Die marxistische Kapitalismusanalyse hat sich in ihrer Entwicklung immer davon leiten lassen, dass es grundlegende Merkmale dieses Systems gibt und – wie Jörg Huffs Schmid feststellte¹, wer diese nicht zur Kenntnis nimmt, „den ökonomischen Kern des modernen Kapitalismus und seiner politischen Regulierung“ verfehlt. Dabei nannte er die ökonomische Kernstruktur mit einer relativ kleinen Zahl von Großunternehmen, die die Märkte in hohem Maße gestalten, die politische Regulierung der Wirtschaft und das Verhältnis zwischen beiden im reifen oder eben staatsmonopolistischen Kapitalismus.

Auch in den Herforder Thesen der Marxisten in der SPD wurden vor dreißig Jahren ähnliche Strukturmerkmale des Kapitalismus hervorgehoben, die die ökonomische und politische Entwicklung der Gesellschaft prägen - so die Herausbildung großer multinationaler Monopolunternehmen, die ständig weiterreichende ökonomische Einbeziehung des Staates in den Wirtschaftsprozess und die fortbestehende, sich noch verschärfende und verallgemeinernde Krisenproblematik.²

Für die Diskussion um den ersten Programmentwurf der Partei DIE LINKE ist es sicher wichtig, sich solcher Grundmerkmale dieser Gesellschaft bewusst zu werden. Im Entwurf wird zwar der Charakter des Kapitalismus als Profitgesellschaft deutlich. Es werden neue Erscheinungsformen und krisenhafte Prozesse des heutigen Kapitalismus in ihrer sozialen und politischen Wirkung überzeugend erfasst und vor allem auch die Eigentumsfrage als Kernproblem bei der Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse einbezogen. Dennoch ranken sich gerade um diese Aussagen zugleich die Diskussio-

¹ Vgl. Jörg Huffs Schmid, Weder toter Hund noch schlafender Löwe, in spw Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, Heft 82, Berlin 1995, S. 34ff.

² Vgl. Herforder Thesen, Zur Arbeit der Marxisten in der SPD, in spw Sonderheft 2 Berlin 1980, S.19ff.

nen hinsichtlich eines vermeintlichen zu „negativen“ Bildes des Kapitalismus oder einer „Schwarz-Weiß-Malerei“ im Programmentwurf.

Wie schätzen wir also den gegenwärtigen Kapitalismus ein? In welcher Weise hat sich dieses Gesellschaftssystem gewandelt, so dass wir heute mit so gravierenden sozialen Verwerfungen und so vielen Bezeichnungen für den Kapitalismus konfrontiert sind? Was sind die entscheidenden Merkmale und Entwicklungsprozesse, die eine LINKE im Blick haben muss, um Alternativen zur Überwindung dieses gesellschaftlichen Systems zu entwickeln und in politischen Kämpfen auch durchzusetzen?

Entsprechend der marxistischen Theorie sind die Monopole nach wie vor das wesentliche Strukturelement des heutigen Kapitalismus, vor allem durch ihren machtpolitischen Einfluss auf die Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft. Sie sind in riesigen Banken-, Industrie-, Handel-, Medienkonzernen organisiert, im hohen Grad international ausgerichtet und strukturiert. Sie bilden die entscheidende sozialökonomische Grundlage der Existenz und Entwicklung dieses Gesellschaftssystems.

Hier ist besonders zu betonen, dass im marxistischen Verständnis das Monopol weiter gefasst ist als eine Organisations- oder Marktform von Großunternehmen – nämlich als eine *neue Stufe des kapitalistischen Eigentums*.³ Und diese Begriffsbestimmung des Monopols als *Eigentumskategorie* hat natürlich auch Bedeutung für die programmatische Diskussion der Linken und für eine linke alternative Politik heute, denn es geht letztlich um die Eigentumsfrage, wenn auf eine andere Gesellschaft orientiert wird.

Das Monopol als entwickeltes Kapitalverhältnis bezieht sich darauf, dass die inneren Widersprüche der Kapitalverwertung infolge des tendenziellen Falls der Profitrate das Kapital dazu zwingen, dem wachsenden gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte mit neuen Formen des „Gesellschaftskapitals“ (Engels) zu entsprechen. Das bedeutet, dass im Prozess der Konzentration und Zentralisation des Kapitals - wie über Fusionen, Aufkäufe, Beteiligungen und unter Nutzung der wachsenden Rolle des Finanzmarktes - sich die monopolistische Eigentumsstruktur, vor allem auch international ausdehnt. Wir können diesen Prozess an den Fusionswellen und den Strategien der großen Konzerne beobachten.

Diese Monopolisierung oder die Expansion des konzentrierten Kapitals in neue Märkte der Wirtschaft und Bereiche des gesellschaftlichen Lebens hat gerade in den letzten Jahren neue Dimensionen angenommen. Und dies ist gleichzeitig verbunden

- mit einem äußerst raschen wissenschaftlich-technischen Fortschritt einschließlich auch seines Missbrauchs,
- mit einer immensen gesellschaftlichen Kapitalmobilisierung durch das Großkapital, vor allem in seiner finanzkapitalistischen Form,
- mit einem Fortschreiten von *Enteignungen* im Großmaßstab zugunsten der Akkumulation der stärksten Monopolunternehmen (D. Harvey, Akkumulation durch Enteignung),
- mit neuen Ausmaßen von Finanzspekulationen und einem wachsendem Parasitismus,
- mit gravierenden Veränderungen in den Existenzbedingungen der arbeitenden Klasse, einer weiteren Differenzierung und Segmentierung in der Klassenstruktur,
- mit einem verstärkten Druck auf die Staatsmacht.

³ Vgl. Horst Heining, Monopolkapital und staatsmonopolistische Regulierung heute – Zur Aktualität der Herforder Thesen in: Topos Heft 16, Napoli 2000, S.41 ff.

Durch das konzentrierte Großkapital und seine Machtzusammenballung verändern sich die Bedingungen der Kapitalverwertung, denn die wesentlichsten Eigenschaften des Monopols sind die Anwendung ökonomischer und außerökonomischer Gewalt. Dies sind zugleich die Voraussetzungen, um über größere Ressourcen und Absatzmärkte zu verfügen, die Konkurrenz abzuwehren, neue Strategien der Ausbeutung zu verfolgen usw. Durch das „vergesellschaftete“ Kapital und seine Entwicklung wird vor allem auch das Ausbeutungsfeld über das „eigene“ Kapital hinaus weit ausgedehnt, können enorme zusätzliche Quellen des Mehrwerts erschlossen werden.

Unzählige empirische Daten ließen sich für die verschiedensten mit der Monopolisierung verbundenen Prozesse nennen. Auf zwei will ich kurz hinweisen, weil sie die Eigentumsstruktur, die Klassendifferenzierung, das Klassenbewusstsein und die Bündnisfrage betreffen.

Zum einen hat mit der Monopolisierung der letzten Jahre die Vergesellschaftung des Kapitals in den Aktiengesellschaften und Investmentfonds enorme Ausmaße erreicht. Das wird am Wachstum der Aktien- und Fondsbesitzer deutlich, auch wenn die jüngste Krise diese Entwicklung gedämpft hat. Für dieses Jahr wird für Deutschland eine Anzahl von 8,6 Millionen⁴ angegeben, was mehr als 13 Prozent der Bevölkerung entspricht. Das sagt natürlich nichts aus über die Einbeziehung dieser „Eigentümer“ in die strategischen Entscheidungsbefugnisse der Großkonzerne. Nach wie vor wird die Macht über das „Gesellschaftskapital“ von wenigen Großeigentümern und deren Funktionären abgesichert. Die Millionen von Kleinaktionären, ein Teil davon Lohnabhängige über Belegschaftsaktien, sind von wichtigen Entscheidungen ausgeschlossen, sie tragen aber das Unternehmensrisiko mit. Eines scheint aber real - diese Entwicklung der gesellschaftlichen Kapitalmobilisierung der letzten Jahre verstärkte die Segmentierung innerhalb der abhängig arbeitenden Klasse und hatte sicher auch Auswirkungen auf die Lähmung des Klassenbewusstseins während der jüngsten Krise. Es zeigt zudem, dass auch die im Programm anvisierte Mitarbeiterbeteiligung an Unternehmen im Rahmen einer linken aktiven Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik ein brisantes, diskussionswürdiges Problem ist.

Zum anderen ist in dem Zusammenhang mit der Machtkonzentration der Konzerne auch der große Sektor des „nicht monopolisierten“ Kapitals zu nennen. Die monopolistische Herrschaft durchdringt zwar alle Bereiche des ökonomischen und gesellschaftlichen Lebens, aber das schließt die Existenz nichtmonopolistischer und die Entstehung neuer Kapitale keineswegs aus. Mit der Monopolisierung der Wirtschaft setzt sich die Struktur differenzierung der Kapitale weiter fort, denn gerade mit dem raschen wissenschaftlich-technischen Fortschritt sowie der differenzierten und breiten Anwendung seiner Ergebnisse verbindet sich das Entstehen vieler neuer Kapitalunternehmen. Das erklärt auch die Bedeutung der technologisch dynamischen und beschäftigungspolitischen Rolle vieler kleiner und mittlerer Unternehmen für die Volkswirtschaft, vor allem aber für die Profitrealisierung der Großkonzerne aufgrund der unternehmensübergreifenden Arbeitsteilung. Obwohl der Bereich der KMU den größten Unternehmenssektor in der Wirtschaft darstellt, ist er im starken Maße den dominierenden marktbeherrschenden Konzernen, ihrer Strategie und Politik unterworfen. Seine äußerst differenzierte, abhängige und sich verschlechternde Lage macht diesen Sektor zum potentiellen Bündnispartner für neue gesellschaftliche Verhältnisse.

⁴ Deutsches Aktieninstitut, DAI-Kurzstudie 1/ 2010; Finanzen 100 v.05.08.2010 dpa

Ein erstes Fazit: Die monopolistische Kernstruktur ist nach wie vor das grundlegende Merkmal des Kapitalismus. In diesem Sinne bleibt er auch *Monopolkapitalismus*. Das kapitalistische Monopol ist als ein Macht- und Herrschaftsverhältnis das beherrschende Phänomen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, das seine Existenz über den Ausbau seiner Herrschaftsinstrumentarien, den verstärkten Einfluss auf die staatliche Politik und die „ständig weiterreichende Einbeziehung des Staates in den ökonomischen Prozess“ (Herforder Thesen) absichert. Als entwickelte kapitalistische Eigentumsform ist es zudem keine starre Kategorie, sondern entwickelt sich als vergesellschaftetes Kapitaleigentum weiter, als Finanzkapital und in ganz neuen Formen vor allem über den finanzkapitalistischen Mechanismus.

Zweitens. Zum heutigen Funktionsmechanismus

Die wachsenden Dimensionen der monopolistischen Wirtschaftsstruktur wirken sich auf den gesamten *Funktionsmechanismus des Kapitalismus* aus. Generell wird dieser bestimmt durch die Konkurrenz der Kapitale um höchste Profite. Und obgleich die Monopolbildung einerseits die Konkurrenz verhindert, ist sie als die „innere Natur des Kapitals“ (Marx) oder als „Grundeigenschaft des Kapitalismus“ (Lenin) keineswegs ausgeschlossen. Sie reproduziert sich auf einer neuen Stufe in vielfachen Formen – zwischen den Großunternehmen, zwischen ihnen und den KMU, innerhalb gebildeter Allianzen von Konzernen, im nationalen und internationalen Rahmen, zwischen den Staaten und Staatengruppen usw. selbst Kooperationen und so genannte „Konsensbildungen“ zwischen Großkonzernen und gesellschaftlichen Institutionen, wie Universitäten und Forschungseinrichtungen, werden zu Instrumenten einer rigorosen monopolistischen Konkurrenz und sind dem Profitsystem untergeordnet.

Einen gravierenden Einfluss auf den kapitalistischen Funktionsmechanismus haben besonders zwei den Kapitalismus prägende Entwicklungsprozesse – die *Herausbildung der staatsmonopolistischen Kapitalismus (SMK) und des Finanzmarktkapitalismus (FMK)*. Beide Erscheinungsformen des Kapitalismus sind Ergebnis der Weiterentwicklung in der ökonomischen Kernstruktur und seiner finanzkapitalistischen Machtexpansion. Beide stehen auch in einer engen Beziehung zu einander.

Staatsmonopolistischer Kapitalismus

Der Ausgangspunkt der Entwicklung des „Stamokap“ ist durch das Monopol gegeben, das wie Marx es nannte - die „Staatseinmischung“ herausfordert. Wesentlich ist der Fakt, *dass mit der weiteren Entwicklung der Produktivkräfte und dem raschen Vorranschreiten der gesellschaftlichen Arbeitsteilung der Maßstab der „privaten“ Monopolisierung allein nicht mehr ausreicht, die Kapitalverwertung zu sichern*. Selbst eine forcierte Monopolisierung, d.h. die immer stärkere zentralisierte Verfügung über kapitalistisches Eigentum und Ressourcen kommt nicht ohne ständig weiterreichende Eingriffe des Staates in den ökonomischen Prozess aus. Es entwickelte sich infolgedessen der *Staatsinterventionismus als eine permanente Erscheinung*, denn im selben Maß wie die staatliche Gewalt ökonomisch mit den verschiedensten Maßnahmen wirksam wird, erweitert sich auch der Maßstab der Umverteilung - vor allem zugunsten des Großkapitals. Das verändert wesentlich den Konkurrenzmechanismus und damit auch die gesamte Funktionsweise des Systems.

Dass der Staat immer umfassender in das Wirtschaftsgeschehen einbezogen wird, ist eine charakteristische Besonderheit in der gesamten Entwicklung des Kapitalismus. Auch die Internationalisierung des Kapitals oder Globalisierung sind ohne diesen staatsmonopolistischen Mechanismus nicht denkbar. Man kann also deshalb heute nicht von einer „*Rückkehr oder Wiederkehr des Staates*“ reden, denn mit der Machtexpansion der Monopole unter Nutzung von Wissenschaft und Technik und internationaler

Arbeitsteilung haben Staatinterventionen in die Wirtschaft stetig an Umfang und Intensität zugenommen. Intensive Beziehungen der Monopole zum Staat sind für die Expansion des Großkapitals eine Existenznotwendigkeit. Man denke nur an die vom Staat gemanagte Umverteilung des Nationaleinkommens oder an die Energiepolitik zugunsten des Großkapitals. Die Interessen des Großkapitals werden in direkte Staatspolitik umgesetzt und als gesamtgesellschaftliche Interessen deklariert.

Infolge der neuen Qualität der ökonomischen Tätigkeit des Staates zugunsten des Großkapitals ist das *Verhältnis von Staat und Monopolen*, die enge Verfilzung ihrer Interessen einschließlich der Austauschbarkeit ihrer Vertreter, heute *bestimmend in der Gesamtbeziehung von Wirtschaft und Politik und darüber hinaus auch gravierend für die Beziehung von Gesellschaft und Staat*. Die gesamte Gesellschaft ist verstärkt dem Primat des Profits untergeordnet.

Trotzdem bleibt dieses Verhältnis *zwischen Staat und Großkapital jedoch äußerst ambivalent*; denn der Staat ist nach wie vor relativ selbständig in seinem Handeln, auch gegenüber den ökonomischen Prozessen und politischen Einflüssen. Einesteils wirken auf den Staat die verschiedenen Lobby-Organisationen des Großkapitals in Konkurrenz miteinander ein. Andererseits gestaltet sich der Eingriff des Staates in die Wirtschaft aber auch in Abhängigkeit von den jeweils konkret-historischen Bedingungen gesellschaftlicher Entwicklung, von dem staatlichen Interesse an einem funktionierenden Wirtschaftsprozess und von den politischen Kräfteverhältnissen. Davon ist eben auch der Grad der „Unterordnung des Staates unter die Interessen des Kapitals“ bestimmt. Der Staat fungiert in diesem engen Beziehungsgeflecht daher keineswegs *nur* als bloßer Vollstrecker von Konzerninteressen. Er hat nach wie vor gesamtgesellschaftliche, profitfremde Aufgaben wahrzunehmen, hat soziale Prozesse und Konflikte für den Systemerhalt zu sichern und er ist und bleibt aufgrund eines demokratischen Drucks zur Einleitung gesellschaftspolitischer Veränderungen zudem, wie Ralf Krämer schrieb⁵, das entscheidende Mittel zur Umsetzung auch linker Politik. Allerdings wird es durch den Druck des Kapitals auf alle gesellschaftlichen Bereiche und des gegenwärtigen Kräfteverhältnisses immer schwieriger, auf die Inhalte der Staatspolitik Einfluss zu nehmen.

Die *Permanenz staatlicher Eingriffe* in die Wirtschaft ist im Kapitalismus in jeder seiner Entwicklungsstufe vorhanden, aber *mit beträchtlichen Unterschieden in Formen, Gewicht und auch in der Qualität sowie variablen Einsetzbarkeit*. Zum Arsenal staatlicher Regulierungsmaßnahmen zählt das ganze Instrumentarium der staatlichen Wirtschaftspolitik von Subventionen, Steuermaßnahmen, Staatsaufträgen bis hin zu vielfältigen gesetzgebenden Maßnahmen und direkten Eingriffen in Wirtschafts- und Unternehmensstrukturen. Es zeigt sich in der historischen Entwicklung des Kapitalismus, dass Umfang und Intensität staatlicher Interventionen in den ökonomischen Prozess mit der wachsenden Komplexität ökonomischer Prozesse und der rigorosen internationalen Konkurrenz an Bedeutung gewinnen.

Es kommt hinzu, dass zudem auch *unterschiedliche Varianten* in den ökonomisch staatlichen Aktivitäten praktiziert werden. Diese beziehen sich direkt auf die *Schwerpunktsetzung in der Gestaltung von Wirtschafts- und Sozialpolitik und auf ihre politisch-ideologische Begründung*; d.h. die Staatseingriffe sind mit sehr verschiedenen Richtungen und Inhalten verbunden. Die beiden Strömungen *Keynesianismus* und *Neoliberalismus* spiegeln das wider. Beide Varianten staatsmonopolistischer Regulierung *beruhen im Prinzip auf der gleichen sozialökonomischen Grundlage. In beiden Richtungen geht es um die Stabilisierung der kapitalistischen Wirtschaft angesichts ökonomischer Krisen*

⁵ vgl. Ralf Krämer, Die Bedeutung des Staates für linke Politik, in Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft Heft 86, 1995

oder unzureichender Verwertungsbedingungen für das Kapital. Während jedoch erstere auf eine antizyklische und nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik einschließlich auch beschäftigungs- und sozialpolitischer Maßnahmen setzt, um die Wirtschaft anzukurbeln, orientiert die radikalere, die neoliberale Variante auf eine „marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung“ mit „freiem Wettbewerb“ und einem „starken Staat“, der die „Rahmenbedingungen“ für die Kapitalverwertung setzt,

Im Hinblick auf die Charakterisierung des Kapitalismus drücken diese staatsmonopolistischen Varianten eben besondere Formen der *Anpassungsfähigkeit* an die dem Kapitalismus innewohnende Krisenhaftigkeit aus. Dabei bietet die keynesianische Variante demokratischen Kräften eher die Möglichkeit, alternative Vorstellungen in Wirtschaft und Gesellschaft einzubringen und sie entsprechend einem veränderten politischen Kräfteverhältnis auch durchzusetzen.

Der Begriff des staatsmonopolistischen Kapitalismus war in den 70er und 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts sehr gebräuchlich, geriet in Vergessenheit, tauchte mit der jüngsten Krise und der staatlichen Bankenrettung wieder auf, steht aber nicht so sehr im Vordergrund. Nach wie vor aber sollte man auf die Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus zurückkommen, um die Realitäten des heutigen Kapitalismus besser zu erfassen. Mit ihrer Konzentration auf das *Verhältnis Staat – Monopole* lässt sich zwar nicht die gesamte kapitalistische Gesellschaft mit ihren globalen Problemen und sozialen Verwerfungen erklären, aber sie führt die These von der Anpassung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse an den gesellschaftlichen Entwicklungsstand der Produktivkräfte über neue staatliche Praktiken zugunsten der ökonomisch Herrschenden fort. Die neoliberale Kennzeichnung des Kapitalismus erfasst hingegen nicht den grundlegenden Mechanismus, der gegenwärtig auf eine immer stärkere Abhängigkeit des Staates von der dominierenden Kapitalelite hinausläuft.

Finanzmarktkapitalismus

Was den Finanzmarktkapitalismus (FMK) betrifft, so ist dieser Begriff - neben finanzmarktgetriebener Kapitalismus oder Finanzmonopolkapitalismus (M. Sohn) - zur Kennzeichnung des herrschenden Systems als gängigste Interpretation des gegenwärtigen Kapitalismus in den Vordergrund gerückt. Er steht auf der einen Seite im engsten Zusammenhang mit der finanzkapitalistischen Ausprägung der Monopolstruktur. Erinnerung sei hier nur an Rudolf Hilferdings Analyse des Finanzkapitals bereits zu Beginn des vorigen Jahrhunderts und auf die Rolle der herrschenden internationalen Finanzlobby-Elite in der heutigen Zeit. Auf der anderen Seite ist es gerade der zunehmende ökonomische Staatsinterventionismus mit seinen optimalen Rahmenbedingungen und direkten Unterstützungsmaßnahmen, der die Ausprägung des Finanzmarktkapitalismus mit seiner Eigendynamik in den verschiedensten Märkten des zinstragenden Kapitals befördert hat. Insbesondere mit dem neoliberalen Wirtschaftskonzept schufen die kapitalistischen Staaten und Zentren - vor allem mit der Liberalisierung des internationalen Kapitalverkehrs - den Akteuren auf den Finanzmärkten die Freiräume für hohe Renditen.

Die ökonomische Grundlage für die außerordentlich gewachsene Rolle des Finanzmarktes in der Wirtschaftssphäre bildet die langfristige Akkumulation riesiger Finanzvermögen, die Anhäufung von Finanzmitteln. Dieses ist in den letzten dreißig Jahren wesentlich schneller als das Weltsozialprodukt gewachsen, was in erster Linie im Zusammenhang mit den für das Großkapital verschlechterten Verwertungsbedingungen in der Realökonomie seit Beginn der 70er Jahre des vergangenen Jahrhunderts steht. Einerseits wuchs es vor allem mit der neoliberalen Politik im Ergebnis umfangreicher Privatisierungen und der seit Mitte der 70-er Jahre betriebenen Liberalisierung der Kapitalmärkte an und suchte nach möglichst kurzfristiger profitabler Anlage. Diese war allerdings mit Investitionen im produktiven Bereich nicht zu finden, denn es gab andererseits

mit der staatlich begünstigten Kapitalakkumulation durch die Umverteilung von Einkommen und Vermögen der Beschäftigten von unten nach oben in allen kapitalistischen Industrieländern in den letzten Jahren einen *gesetzlich betriebenen Sozialabbau*. Im Ergebnis umfangreicher „sozialer Reformen“ veränderte sich die Primärverteilung zwischen Löhnen und Profiten zugunsten des Großkapitals, ablesbar an der Zunahme der enormen Profite mächtiger Konzerne. Ausdruck dafür ist zum Beispiel, dass in Deutschland in den letzten 10 Jahren die Einkommen aus Vermögen und Unternehmertätigkeit um 31,1 Prozent gestiegen, die Nettolöhne und –Gehälter um 2,5 Prozent gesunken sind. In der Konsequenz bot die dadurch beschränkte kaufkräftige Nachfrage für die gestiegenen Gewinne der Konzerne in der Realwirtschaft keine profitablen Ausichten mehr. Der Strom an überschüssigen Profiten ging in die liberalisierten äußerst rentablen Anlagesphären auf den Finanzmärkten.

Zwei Entwicklungen sind damit verbunden, einmal die *wachsende Differenz zwischen Real- und Finanzwirtschaft* oder relative „Loslösung des Finanzmarktes von der materiellen Wirtschaft“, zum anderen die Zunahme von Finanzspekulationen durch die Eigendynamik der Märkte mit ihren unterschiedlichen Verwertungsbedingungen und dem daraus erwachsenden „Parasitismus im Quadrat“.

Generell ist die relative Verselbständigung der Finanzsphäre gegenüber der Realwirtschaft ein *Grundzug in der Entwicklung des Kapitalismus, ein Ergebnis der enormen Weiterentwicklung der Trennung von Kapitaleigentum und Kapitalfunktion mit dem zunehmenden gesellschaftlichen Charakter der Produktivkräfte*. Nur mit der finanzkapitalistischen Loslösung und Konzentration des *Eigentums in neuen Formen* erreicht das Kapital die erforderliche Größe, Beweglichkeit und Elastizität, um sich national und international zu verflechten. Der Finanzmarkt in seiner neuen Dimension ist somit ein Faktor der kapitalistischen Eigentumsentwicklung, d.h. der Konzentration und Zentralisation des Kapitals in den Händen relativ weniger Monopolgruppierungen. Er ist heute eben nicht nur ein Hebel der wirtschaftlichen und spekulativen Aktivitäten, sondern auch eine wesentliche Funktionsbedingung der Weiterentwicklung des Kapitalismus in dem sich verschärften weltweiten Konkurrenzkampf. Man braucht sich nur die Milliarden schweren Transaktionen der privaten Großbanken oder Hedge-Fonds der letzten Jahre anzusehen, über die zum einem großen Teil die Super-Großfusionen von Unternehmen im internationalen Rahmen realisiert wurden.

Die gegenwärtige Finanzmarktkrise bedeutet deshalb nicht das Ende des Finanzmarktkapitalismus. Dieser bleibt - genau wie der staatsmonopolistische Charakter des Systems - eine entscheidende Bedingung seiner weiteren Existenz. Solange sich also kein Wandel in den sozialökonomischen Grundlagen mit den entsprechenden Veränderungen in den staatlichen Funktionen vollzieht, wird der Kapitalismus solche Anpassungsmechanismen wie den staatsmonopolistischen und den finanzmarktgetriebenen zur Sicherung seiner Existenz weiter nutzen.

Ein zweites Fazit: Beide Entwicklungsformen des Kapitalismus – der SMK und FMK - haben sich historisch unterschiedlich dominant ausgeprägt. Sie sind nach meiner Meinung aber wesentliche Funktionsmechanismen dieses Systems. Als Existenzformen des heutigen Kapitalismus stellen sie - wie jedoch oft diskutiert wird - *keine eigenen, selbständigen Phasen oder Etappen* in seiner Entwicklung dar. Sie sind *zeitlich* auch nicht begrenzt, solange der Kapitalismus seine Anpassungsfähigkeit an neue Herausforderungen adäquat über sie nutzen kann. Aber einzig dem Primat des Profits untergeordnet verstärken sie – auch mit neuen Regulierungskonzepten und -instrumenten – die Labilität und Krisenhaftigkeit des Systems.

Drittens. In welchem Kapitalismus leben wir nun?

Es gibt unter linken Wissenschaftlern unterschiedliche Kennzeichnungen für Etappen und Phasen des Kapitalismus oder für Übergänge von einer Entwicklungsstufe zu einer anderen innerhalb des kapitalistischen Systems.

Jörg Huffs Schmid hat in einer seiner letzten Arbeiten⁶ die Frage gestellt, wie stabil der Finanzmarktkapitalismus als die Formation des Kapitalismus ist, die sich in den letzten 30 Jahren herausgebildet hat. Und er konstatiert, dass durch die Anhäufung von Finanzmitteln, die gar nicht erst in Produktionskapazitäten investiert werden, sich neue ökonomische Konstellationen und eine veränderte Unternehmenskultur herausgebildet haben: Nicht mehr die Unternehmer suchen jetzt Geld zur Finanzierung ihrer Investitionen, sondern die Geldbesitzer suchen Möglichkeiten für rentable Finanzinvestments. Die Finanzinvestoren als mächtige Agenten des kapitalmarktgetriebenen Kapitalismus, darunter Investmentfonds, Banken, Versicherungen, große Aktengesellschaften orientieren in ihrer Strategie als Eigentümer von Unternehmen auf höhere und schnelle Gewinne, auf Optimierung der politischen Rahmenbedingungen und auf Finanzspekulationen. Wie J.H. feststellte, hat sich trotz des Platzens der Finanzblase auch angesichts der politischen Konstellationen der FMK als relativ stabil erwiesen.

Dieter Klein verzeichnet in seinem Beitrag über die zweite große Transformation, die „emanzipatorische Transformation“, im Kapitalismus vier Transformationen - vom Kapitalismus der freien Konkurrenz zum Monopolkapitalismus, zum sozialstaatlich regulierten Kapitalismus (Fordismus) oder autoritär-militaristischen und faschistischen Regimen und schließlich zum neoliberalen Kapitalismus.⁷

Eine Gruppe marxistischen Autoren, die kürzlich in einem Memorandum zur linken Programmdebatte das Wort ergriffen hat⁸, bemängelt, dass im Programmentwurf nicht überzeugend eingeschätzt wird, welcher Kapitalismus, der neoliberale oder Finanzmarktkapitalismus, nun in der Krise ist. Sie verweist zur Begründung - was natürlich richtig ist – auf den „Bereich der Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise“ und fordert eine Analyse des „neoliberalen Kapitalismus“ als eine besonders entfesselte Form eines ganz normalen Kapitalismus ein.

Ein drittes Fazit: In der Tat leben wir in einem Kapitalismus, einem entwickelten, „reifen“ oder auch entfesselten Kapitalismus, der aber eben immer noch Monopolkapitalismus ist. Zur Sicherung seiner Existenz bedient er sich in seinem Funktionsmechanismus der strukturell enger werdenden, intensiven Verflechtung von Staat und Kapital sowie verstärkter, auch modifizierter Regulierungen des Finanzmarkts, wobei er an einem – etwas gewandelten – neoliberalen wirtschaftspolitischen und politisch-ideologischen Kurs festhält.

In einer solchen Einschätzung kommt man jedoch nicht an den veränderten Existenzbedingungen vorbei. Wir leben in einer Zeit, in der sich die Welt des Kapitals in den letzten Dezennien außerordentlich gewandelt hat. Die viele Jahrzehnte den Kapitalismus zähmende Systemkonkurrenz gibt es nicht mehr. Der Kapitalismus konnte seine ureigenste Gestalt wieder annehmen und weiter ausprägen. Heute sind wir Zeuge, wie sich eine neue Stufe des Kampfes der internationalen Monopole und Staaten sowie Staatengruppierungen um die Neuaufteilung der Welt entwickelt, zumal die Energie- und Rohstoffprobleme an Brisanz gewonnen haben. Mit der Globalisierung, den neuen

⁶ Jörg Huffs Schmid, Finanzmarktkapitalismus - eine stabile Formation?, Paper für die gemeinsame Tagung „Kapitalismustheorien“ von ÖGPW und DVPW am 24. und 25. April 2009 in Wien

⁷ Dieter Klein, Eine zweite große Transformation und die Linke in: Kontrovers 01/2010 Rosa-Luxemburg Stiftung, Berlin, S. 8

⁸ vgl. Entfesselte Destruktivkräfte in junge Welt v. 18.10.2010, S.10

Dimensionen der Internationalisierung des Kapitals und der Finanzmärkte erleben wir zugleich einen rigorosen Konkurrenzkampf mit äußerst aggressiven Tendenzen bis hin zu militärischen Aktionen. Und dies vollzieht sich vor dem Hintergrund eines bedeutenden Wandels in den Machtkonstellationen zwischen den Großmächten sowie durch die Verlagerung des Gravitationszentrums der Weltpolitik von den USA nach Asien sowie dem Aufstieg neuer regionaler Mächte im politischen Weltsystem.

Und es zeigt sich gegenwärtig die ganze Krisenproblematik in neuen Dimensionen und in einer Komplexität, wie sie die Menschheit bisher nicht kannte. Die schwerste Weltwirtschaftskrise seit achtzig Jahren hat die Verknotung zahlreicher ökonomischer und politischer Krisenprozesse deutlich gemacht. Ausgehend von der Finanzkrise verflochten sich die Weltwirtschaftskrise, die Staatsfinanz- und Währungskrise und die bereits länger wirkenden strukturellen Verwerfungen mit den vielen globalen Problemen wie Klima, Umwelt, Hunger und Armut. Die Existenz der Menschheit wird immer mehr infrage gestellt.

Die politischen und ökonomischen Herrschaftseliten haben keine Visionen und Konzepte zur Lösung dieser Probleme. Wir stehen daher vor einem tiefen Einschnitt in der Entwicklung des Kapitalismus zu einer neuen Etappe. Ob es eine Phase wachsender ökonomischer und politischer Labilität sowie krisenhafter Entwicklungsprozesse mit militärischen Konflikten und Kriegen sein wird, liegt an der Mobilisierung aller linken und demokratischen Kräfte, die politischen und ökonomischen Verhältnisse zu verändern – natürlich mit politischen Konzepten und machbaren Projekten. Die Betrachtung der kapitalistischen Grundstruktur und ihres Funktionsmechanismus ist dafür nach wie vor eine wesentliche Voraussetzung.

II. Was ist das Subjekt der Veränderung?

Die Arbeiterklasse, neue soziale Bewegungen, Bürgerrechtler, Ökolibertäre oder wer?

Klassen im Entwurf für ein Grundsatzprogramm für die Partei DIE LINKE

Andreas Wehr

Der Begriff der Klasse findet sich genau dreimal im Entwurf des Grundsatzprogramms: Zunächst auf Seite 3 in der Präambel. Dort wird von „Zwei-Klassen-Medizin“ gesprochen. Der Klassenbegriff taucht dann ein weiteres Mal im Zusammenhang mit den Ungerechtigkeiten im Bildungssystem auf. Dazu heißt es auf Seite 8: „In kaum einem Industrieland bestimmt die soziale Herkunft so sehr über den Bildungserfolg wie hierzulande. Das Bildungssystem mit seiner mehrgliedrigen Struktur von höherer und niedriger Bildung verstärkt die soziale Auslese und zementiert die Bildungsprivilegien der oberen Klassen. Wir wollen das Grundrecht auf Bildung für alle durchsetzen und Bildungsbarrieren abschaffen.“

Schließlich wird auch in einem Abschnitt, in dem es um die ökonomische Analyse geht, ebenfalls auf Seite 8, von Klasse gesprochen: „Zugleich verschärfen die Abkoppelung der Löhne von der Entwicklung der Produktivität und sinkende Sozialeinkommen das Problem industrieller Überkapazitäten und entmutigen reale Investitionen. Eine Ökonomie der Enteignung macht Mehrheiten ärmer, um die Reichen reicher zu machen. Dass wir in einer Klassengesellschaft leben, lässt sich an der zunehmend ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen ablesen.“

Im Übrigen wird über Klassen und über Klassengesellschaft geschwiegen. Wo der Klassenbegriff im Zusammenhang mit dem Gesundheits- bzw. Bildungswesen steht, wird darauf verwiesen, dass es eine herrschende bzw. eine „obere Klasse“ gibt.

Nur in einem, im dritten Zitat klingt an, dass es auch eine Klasse der Lohnabhängigen gibt. Hier noch einmal der Kern dieser Aussage: „Dass wir in einer Klassengesellschaft leben, lässt sich an der zunehmend ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen ablesen.“ Die Existenz der Klasse der Lohnabhängigen wird hier demnach nicht aus ihrer Stellung im Prozess der kapitalistischen Akkumulation abgeleitet, wie es Marx und Engels taten und wie es seitdem Marxisten zu tun pflegen. Die Existenz der Klassengesellschaft wird lediglich aus der Reproduktion, aus der – wie es heißt – „ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen“ hergeleitet. Das entspricht offiziell sozialdemokratischem und gewerkschaftlichem Denken.

Was ist nach dem Programmentwurf das Subjekt der Veränderung?

Doch wer ist der soziale Träger jener Politik, die im Programmentwurf gefordert wird? An wen appelliert DIE LINKE mit ihren Forderungen? Was ist das Subjekt, das die gesellschaftlichen Veränderungen durchsetzen kann?

In der Präambel des Entwurfs heißt es: „Gemeinsam mit gewerkschaftlichen Kräften, sozialen Bewegungen, mit anderen linken Parteien, mit Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland, Europa und weltweit sind wir auf der Suche nach einer gesellschaftlichen Alternative.“ (S.3) In „Europa und weltweit mit Bürgerinnen und Bürgern auf der Suche“ - sehr präzise ist das nicht gerade.

Gehen wir weiter zum Abschnitt I, wo es unter der Überschrift „Woher wir kommen, wer wir sind“ gleich im ersten Satz heißt: „DIE LINKE knüpft an linksdemokratischen Positionen und Traditionen aus der sozialistischen, sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterbewegung und aus anderen emanzipatorischen Bewegungen an.“ (S.5) Einige Absätze später werden diese „anderen emanzipatorischen Bewegungen“ näher bestimmt. Es handelt sich danach um die „neue Frauenbewegung“, die „Umweltbewegung“, um „internationalistische Gruppen“ und um die „Friedensbewegung“. Wir begegnen hier also wieder den uns aus den 70er und 80er Jahren der alten Bundesrepublik so vertrauten „neuen sozialen Bewegungen“. So bezeichneten sie sich damals selbst, um sich von der „alten“ sozialen Bewegung, der Arbeiterbewegung, abzusetzen, von der die Intellektuellen seinerzeit so enttäuscht waren, war sie doch so wenig revolutionär und kämpferisch.

Es fehlt hier an der Zeit, um auf diesen alten Streit um neue und alte soziale Bewegungen einzugehen. Nur so viel hier: Ein solcher Gegensatz war immer schon zu einem guten Teil konstruiert: Sowohl die Fragen der Emanzipation der Frau als auch des Internationalismus als auch der Kampf um Frieden und gegen den Krieg waren stets Elemente des Wirkens der Arbeiterbewegung bzw. sollten es jedenfalls sein. Es macht daher keinen Sinn, sie als eigenständige Bewegungen gegen die Arbeiterbewegung zu stellen. Ich halte daher auch die Formulierung „DIE LINKE versteht sich als Partei mit sozialistischem und feministischen Anspruch“ (S.17) für ausgesprochen verunglückt. Rosa Luxemburg oder Clara Zetkin wäre eine solche Formulierung mit Sicherheit nicht eingefallen. Und was schließlich die Fragen des Schutzes der Umwelt angeht, so können auch sie nur wirklich beantwortet werden, wenn man über den grenzenlosen Trieb des Kapitals zu seiner Selbstverwertung auf immer höherer Stufenleiter und damit über die Verwertungslogik als Basis der Untergrabung aller menschlichen Existenz spricht. Bei den Fragen des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen handelt es sich daher ebenso um Klassenfragen, wenn auch im weitesten Sinne.

Der Programmentwurf unterlässt es leider, diese Fragen im Zusammenhang zu denken. Das Subjekt der Veränderung verbleibt danach auf verschiedenste Bewegungen verteilt und damit unbestimmt. Es bleibt im Dunkeln, wer die Handelnden sind, ohne die eine grundlegende Veränderung, eine Revolutionierung der Verhältnisse nicht vorstellbar ist.

Der Entwurf appelliert vielmehr abstrakt an „die Bevölkerung“ und an „die Menschen“, die sich als Betroffene wehren sollen. Hierzu einige Zitate: „Zu den Erfahrungen der Menschen in der Bundesrepublik gehörten zunehmender gesellschaftlicher Wohlstand ...“ (S.5). „Angst vor sozialem Absturz prägt das Leben großer Teile der Bevölkerung...“ (S.9) Es sollen die „Bedürfnisse und Interessen der Bevölkerung in den Mittelpunkt gestellt werden.“ (S.14) Besonders lyrisch ist die folgende Formulierung: „Die Menschen sind von Klimaerwärmung und sozialer Kälte bedroht.“ (S.10) An anderer Stelle heißt es: „Wir streben eine sozialistische Gesellschaft an, in der jeder Mensch in Freiheit sein Leben selbst bestimmen kann und dabei solidarisch mit anderen zusammenwirkt.“ (S.11) Dann heißt es wieder: „Alle Menschen sollen am Reichtum teilhaben können. Der sozial gleiche Zugang jedes Menschen zu den Bedingungen eines freien Lebens und die Demokratisierung aller Lebensbereiche gehören zusammen.“ (S.11) Ein wenig später kann man lesen: „Heute besteht die Möglichkeit, jedem Menschen ein Leben in sozialer Sicherheit und Würde zu gewährleisten. (...) Wir wollen, dass alle Menschen nach ihren Fähigkeiten und Neigungen am gesellschaftlich organisierten Arbeitsprozess teilnehmen können.“ (S.11) Im Entwurf wird von der „Grundversorgung der Menschen“ und von ihrem „Bedarf“ gesprochen. (S. 12). „DIE LINKE will, dass jeder Mensch ein selbstbestimmtes Leben in Würde und sozialer Sicherheit führen kann...“ (S.14) „Wir wollen Menschen ermutigen, sich gegen Politik zur Wehr zu setzen, die ihren Interessen widerspricht.“ (S.23) Und schließlich: „Immer mehr Menschen

lehnen den ungehemmten Kapitalismus ab...“ (S.25) Es wird schließlich noch allgemeiner: „Jede und jeder braucht soziale Sicherheit, um selbstbestimmt leben und das Recht auf demokratische Mitgestaltung umfassend wahrnehmen zu können.“ (S.16) Da fragt man sich doch beim aufmerksamen Lesen: Wenn jeder soziale Sicherheit bracht, so denn auch Josef Ackermann. Dem Menschen begegnet man bei der weiteren Lektüre des Textes noch mehrfach. In Abwandlung einer allseits bekannten und berüchtigten Aussage könnte man sagen: DIE LINKE kennt keine Klassen mehr, sie kennt nur noch Menschen. Oder: Der Mensch steht im Mittelpunkt, wie es immer so schien in der DDR hieß.

Nur an wenigen Stellen wird im Entwurf von „Beschäftigten“ bzw. „Erwerbstätigen“ gesprochen. Etwa auf Seite 12: „Die Beschäftigten müssen realen Einfluss auf die betrieblichen Entscheidungen bekommen.“ An anderer Stelle heißt es: „Standortkonkurrenz und der Kampf um knappe Ressourcen liefern ganze Kontinente und große Teile der erwerbstätigen Bevölkerung einem hemmungslosen Unterbietungswettbewerb, dem Sozialabbau und der Ausplünderung aus.“ (S.9) Und: „Die Enteignung der Beschäftigten muss gestoppt werden.“ (S.14) Dann ist wieder von den „Finanzschwachen und den „ärmeren Haushalten“ die Rede. (S.12)

Wird die Klasse der Lohnabhängigen, der Ausgebeuteten, im Programmentwurf nicht bei ihrem Namen genannt, so wird auch über die Klasse der Ausbeuter, über die Kapitalisten, meist geschwiegen. Und dort, wo von ihr doch einmal die Rede ist, finden sich für sie die unterschiedlichsten Bezeichnungen. Mal spricht man flapsig von den „oberen Zehntausend“ (S.14), mal von „Finanzinvestoren“ (S.20), dann wieder von „Konzernchefs“ (S.3) und von „globalen Herrschaftseliten“ (S.9) und auch mal von „mächtigen Fraktionen der Machteliten“ (S.10). Nur gelegentlich nähert man sich der Wirklichkeit an, wenn von „Konzernen“ (S.20) bzw. „Energiekonzernen“ (S.21) die Rede ist. Nur an zwei Stellen wird von der „herrschenden Klasse“ (S.7) bzw. der „oberen Klasse“ (S.19) gesprochen.

Es ist ganz offensichtlich, dass man in dem Programmentwurf von Klassen und auch von Klassenkampf nicht viel wissen will. Eine andere Politik wird von der LINKEN abstrakt im Interesse „der Menschen“ bzw. der „Bevölkerung“ vorgeschlagen. Bevölkerung ist dabei aber nur eine Umschreibung von Volk. Und damit bin ich bei meiner Schlussfolgerung aus all dem eben Gesagten. DIE LINKE will sich mit diesem Entwurf als Volkspartei präsentieren. Ihre Vorschläge für eine andere Politik sind nicht interessen-geleitete. Sie präsentieren sich vielmehr als schlicht vernünftige Forderungen. Dies ähnelt den Positionen der Kathedersozialisten, über die sich Friedrich Engels im 19. Jahrhundert mokierte. Man kann dieses Denken aber auch in die Tradition von Kant stellen. In der Sozialdemokratie gab es Anfang des 20. Jahrhunderts die sogenannte neokantianische Schule, die die Notwendigkeit des Sozialismus aus dem Kantschen Vernunftprinzip zu erklären versuchte. Wie auch immer. Mit Marx und Engels, die die Geschichte bekanntlich als Geschichte von Klassenkämpfen interpretierten und die vom antagonistischen Gegensatz zwischen Lohnarbeit und Kapital ausgingen, hat das alles nichts zu tun. Von einer materialistischen Geschichtsauffassung findet sich im Programmentwurf nichts. Er folgt vielmehr der bürgerlichen Sichtweise vom „Abschied vom Proletariat“, wie ein André Gorz bereits 1980 verkündete. Präsentiert wird ein „Kapitalismus ohne Klassen“, wie es der Soziologe Ulrich Beck formulierte. Es ist die soziologische Sichtweise, ein Denken in Begrifflichkeiten von Schichten und sozialen Lagen, die den Programmentwurf beherrscht.

Die zentrale Bedeutung der Arbeiterklasse

Weshalb aber ist eine sozialistische Programmatik ohne das Insistieren auf der zentralen Bedeutung der Arbeiterklasse nicht vorstellbar? Es ist die von Karl Marx und Friedrich Engels hervorgehobene besondere Rolle der Lohnabhängigen auf die es ankommt. Genauer gesagt: Es ist der Doppelcharakter ihrer Stellung im Produktionsprozess – zum einen Objekt der Ausbeutung und Abhängigkeit, zum anderen Hauptproduktivkraft zu sein –, die die Lohnabhängigen zu einer potentiell revolutionären Kraft macht, und sie damit als einzige Klasse in der Lage versetzt, dem Kapital die Herrschaft zu entreißen.

Zur Erläuterung was damit gemeint ist, will ich hier aus einer programmatischen Erklärung zitieren, die 1980 – also vor 30 Jahren - beschlossen wurde. Es handelt sich um die Herforder Thesen zur Arbeit von Marxisten in der SPD. An ihrer Ausarbeitung war ich seinerzeit als Jungsozialist beteiligt. In These 23 heißt es dort:

„Die Arbeiterklasse ist im Kapitalismus zum einen Objekt kapitalistischer Herrschaft und Ausbeutung. Über die Ausbeutung und Abhängigkeit im Produktionsprozess erfährt sie tagtäglich ihre gesellschaftliche Stellung und zugleich die Notwendigkeit, sich kollektiv gegen die Ausbeutung zur Wehr zu setzen. Zugleich aber ist die Arbeiterklasse der entscheidende Träger der vergesellschafteten Produktion, ist sie die Hauptproduktivkraft. Aufgrund dieser gesellschaftlichen Stellung ist sie das gesellschaftliche Subjekt, das allein in der Lage ist, den Kampf gegen die Ausbeutung mit einer sozialistischen Gesamtperspektive und der Umgestaltung der Gesellschaft zu verbinden. Politische Veränderungen mit sozialistischer Perspektive sind nur möglich, wenn die Arbeiterklasse sich ihrer gesellschaftlichen Stellung und ihrer objektiven Interessen, soweit sie über die kapitalistische Gesellschaftsformation hinausreichen, in weiten Teilen bewusst wird und entsprechend handelt.“⁹

Die hier in der These 23 gleich am Anfang benannte „gesellschaftliche Stellung“ der Lohnabhängigen im Produktionsprozess ist eine „der Unsicherheit der Lebensstellung“. Erst diese „Unsicherheit“ macht sie nach Friedrich Engels „zu Proletariern.“ (vgl. MEW 2, S. 344)

Marx beschreibt im ersten Band des Kapitals den unauflösbaren Zusammenhang zwischen immer größerem gesellschaftlichen Reichtum und gleichzeitig wachsender Verelendung: „Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital, Umfang und Energie seines Wachstums, also auch die absolute Größe der Arbeiterbevölkerung und die Produktivkraft ihrer Arbeit, desto größer die industrielle Reservearmee. (...) Je größer endlich die Lazarusschicht der Arbeiterklasse und die industrielle Reservearmee, desto größer der offizielle Pauperismus. Das ist das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation.“ (MEW 23, S. 673 f.) Man beachte: Marx sieht in dieser Entwicklung „das absolute, allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation.“

Für Marx ergibt sich die zentrale Bedeutung des Proletariats demnach aus dem Gesamtzusammenhang der bürgerlichen Gesellschaft. Im Proletariat sieht er auch „keine mechanisch unter der Last der Gesellschaft gebeugte Menschenmasse, sondern eine Masse, die in deren scharfer Zersetzung (der bürgerlichen Gesellschaft, A.W.) ihren Ursprung genommen hat.“¹⁰ Es ist dies die besondere Eigenschaft des Proletariats, dass es nicht aus einer bloßen Idee heraus oder aufgrund eines abstrakten Willens heraus entsteht, sondern permanent von der kapitalistischen Produktionsweise neu hervorgebracht wird. Und auch erst mit dieser Produktionsweise wird es wieder ver-

⁹ Herforder Thesen. Zur Arbeit von Marxisten in der SPD, Sonderheft 2 der Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft -spw, Berlin 1980

unter: www.sozialistische-linke.de/Veranstaltungen/Konferenzen

¹⁰ Michail Lifschitz, Karl Marx und die Ästhetik, Dresden 1957, S.113

schwinden. Dieses "zum Verschwinden bringen" bezeichnet Marx philosophisch als die "historische Mission des Proletariats". Dies ist ein heute kaum noch gebrauchter Begriff, und wenn, dann wird er meist nicht verstanden und deshalb gern karikiert, so als sei es etwa die Aufgabe des Proletariats, für andere – etwa für die linken Intellektuellen - deren Geschäfte zu besorgen. Tatsächlich beschrieb Marx mit diesem Bild von der „Mission des Proletariats“ aber nur seine zu den Kapitalisten antagonistische Stellung innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft.

Und da es heute um den Entwurf eines Programms für eine linke Partei geht, will ich hier aus einem anderen, älteren Programm zu zitieren. Im Manifest der Kommunistischen Partei heißt es: „Von allen Klassen, welche heutzutage der Bourgeoisie gegenüberstehen, ist nur das Proletariat eine wirklich revolutionäre Klasse. Die übrigen Klassen verkommen und gehen unter mit der großen Industrie, das Proletariat ist ihr eigenstes Produkt.“

Wie der Programmentwurf verändert werden sollte

Nur an einer Stelle enthält der Programmentwurf einen Hinweis auf die zentrale Bedeutung der Arbeiterklasse bzw. der Gewerkschaften. Auf Seite 23 heißt es: "Besonders wichtig sind dabei starke, aktive, kämpferische und politisch eigenständig handelnde Gewerkschaften. Sie unterscheiden sich von allen anderen sozialen Kräften und Bewegungen dadurch, dass sie nicht nur in der Zivilgesellschaft agieren, sondern ihre Verankerung in der Arbeitswelt haben. Dies verleiht den gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten eine gesellschaftliche Machtposition, die andere soziale Gruppen nicht haben und die von zentraler Bedeutung für die Durchsetzung sozialer und sozialistischer Umgestaltungen ist." Ich frage mich nur, weshalb diese zutreffende Aussage im Kapitel über Bündnispolitik steht. Hier gehört sie mit Sicherheit nicht hin. An diese hier zu Recht angesprochene „zentrale Bedeutung“ der „gewerkschaftlich organisierten Beschäftigten“ sollte angeknüpft werden, diese Aussage sollte ausgebaut werden, vor allem aber sollte sie einen anderen systematischen Platz im Entwurf enthalten.

Für jeden von uns ist leicht erkennbar, dass es um die Arbeiterbewegung und ihre Organisationen, zumindest in Deutschland, heute nicht gut steht. Die Gewerkschaften sind schwach und kaum in der Lage, die Interessen der Arbeiterklasse zu vertreten. Die Zahl ihrer Mitglieder ist rückläufig. Ihre Führungen sind mehrheitlich auf den sozialdemokratischen Kurs des Klassenkompromisses festgelegt. Die „Klasse für sich“ ist kaum „eine Klasse an sich“. Ihr fehlt weitgehend das Bewusstsein ihrer eigenen möglichen Stärke. Sie traut sich heute selbst wenig zu. Und doch ist sie immer wieder zu enormen Mobilisierungen fähig. Man denke hier nur an den andauernden und hartnäckigen Widerstand der griechischen Arbeiterklasse gegen das Diktat zu Sozial- und Lohnabbau, formuliert von Europäischer Union, Internationalem Währungsfonds und griechischer Regierung. Sollte am Ende der Plan zur Sanierung der Banken auf Kosten der griechischen Lohnabhängigen, Rentner und sozial Schwachen nicht aufgehen, so liegt dies vor allem an dem heutigen Widerstand der kommunistisch geführten Gewerkschaften dort. Oder wer hätte den jüngsten, enormen Aufschwung der Klassenkämpfe in Frankreich gegen die Rentenpläne der Sarkozy-Regierung für möglich gehalten. Die Streiks dort haben das Land dort an den Rand der Lähmung gebracht.

Die aktuellen Entwicklungen in Frankreich sind denn auch eine Lektion für uns, die Bedeutung des Generalstreiks als Instrument des Klassenkampfes herauszustellen und dieses scharfe Schwert auch bei uns einsetzbar zu machen. Oskar Lafontaine wird nicht müde, dies zu tun. Zum Glück befindet sich die Forderung nach dem Generalstreik im Programmentwurf, und das gleich an drei Stellen. So heißt es auf Seite 18: "Wir setzen uns dafür ein, neue Formen einer Politik von unten zu entwickeln. Dazu gehören auch

der politische Streik und der Generalstreik." Nur die Arbeiterbewegung hat mit den Mitteln des Streiks die Fähigkeit, der Bourgeoisie empfindliche Schläge zu erteilen.

Anstatt, wie im Programmentwurf geschehen, die Arbeiterbewegung fast ganz links zu lassen, sollten im Entwurf besser die deutschen Besonderheiten herausgearbeitet werden, die hier bei uns einem Aufstieg der Klassenkämpfe entgegenstehen. Zu nennen sind hier die Hegemonie sozialdemokratischen, klassenpartnerschaftlichen Denkens, traditionelle Staats- und Obrigkeitshörigkeit, Stellvertretermentalität sowie verbreitetes Versicherungsdenken. Besonders hinderlich ist die weit verbreitete Identifizierung der Lohnabhängigen mit den Interessen der eigenen Ausbeuter. So sind selbst nicht wenige Betriebsräte stolz darauf, an den Erfolgen des „Exportweltmeisters Deutschland“ aktiv mitwirken zu können.

Auch Marx und Engels waren zu ihren Lebzeiten beständig mit einer Arbeiterbewegung konfrontiert, deren Anhänger per se wenig Einsicht in die Notwendigkeit der Aufhebung des allgemeinen Ausbeutungsverhältnisses zeigten, schon gar nicht gab es dafür in der englischen Arbeiterbewegung Sympathien. In seiner Schrift *Lohn, Preis und Profit* schrieb Marx 1865: „Gleichzeitig, und ganz unabhängig von der allgemeinen Fron, die das Lohnsystem einschließt, sollte die Arbeiterklasse die endgültige Wirksamkeit dieser tagtäglichen Kämpfe nicht überschätzen. Sie sollte nicht vergessen, dass sie gegen Wirkungen kämpft, nicht aber gegen die Ursachen dieser Wirkungen; dass sie zwar die Abwärtsbewegung verlangsamt, nicht aber ihre Richtung ändert; dass sie Palliativmittel anwendet, die das Übel nicht kurieren. Sie sollte daher nicht ausschließlich in diesem unvermeidlichen Kleinkrieg aufgehen, der aus den nie enden wollenden Gewalttaten des Kapitals oder aus den Marktschwankungen unaufhörlich hervorgeht. Sie sollte begreifen, dass das gegenwärtige System bei all dem Elend, das es über sie verhängt, zugleich schwanger geht mit den materiellen Bedingungen und den gesellschaftlichen Formen, die für eine ökonomische Umgestaltung der Gesellschaft notwendig sind. Statt des konservativen Mottos: 'Ein gerechter Tagelohn für ein gerechtes Tagewerk!', sollte sie auf ihr Banner die revolutionäre Losung schreiben: 'Nieder mit dem Lohnsystem!'" Das war eine schon fast flehentliche Bitte, sich nicht allein mit den täglichen Sorgen zu befassen, sondern die geschichtliche Dimension des revolutionären Kampfes im Blick zu behalten.

Im Programmentwurf finden sich, wenn auch verstreut eine Reihe von wichtigen und richtigen Aussagen über die jetzt schon seit vielen Jahren anhaltende Massenarbeitslosigkeit, über die Entstehung eines riesigen Niedriglohnsektors, die Ausbreitung von Hartz IV und über die Möglichkeit, eine neu entstandenes Prekariat zu nicht entlohnter, entwürdigender Arbeit zu zwingen, etwa durch 1-Euro Jobs. All dies demonstriert heute zur Genüge die Gültigkeit der Engelsschen Aussage von der andauernden „Unsicherheit der Lebensstellung“ der Lohnabhängigen. Was Marx industrielle Reservearmee nannte, das Heer der Arbeitslosen, ist heute eine permanente Erscheinung. Immer mehr Menschen werden zu "Überflüssigen" abgestempelt.

Die Lohnabhängigkeit hat sich in den letzten Jahrzehnten weiter verbreitet. Heute sind in Deutschland, nach kontinuierlichem Schrumpfen des Mittelstands und der freien Bauernschaft, so viele Menschen abhängig beschäftigt, wie nie zuvor. Mit der Privatisierung weiter Bereiche der öffentlichen Infrastruktur und der staatlichen Daseinsvorsorge sind aus unzähligen, einstmals von sozialer Not und Arbeitsplatzunsicherheit verschonten Angestellten des Staates Lohnabhängige in kapitalistischen Unternehmen geworden. Und betrachtet man nur die wachsende Masse der nur von ihrem Lohn lebenden Menschen weltweit, so steigt sie jährlich um eine zweistellige Millionenzahl.

Es gibt daher guten Anlass, im Programm einer Partei, die ja immerhin angibt, den Kapitalismus überwinden zu wollen, auf der Bedeutung der Arbeiterklasse als die entscheidende Kraft für jede grundlegende Veränderung der Gesellschaft zu bestehen. Daraus hat zu folgen, dass sich die Partei DIE LINKE sowohl in ihrer Programmatik als auch in ihrer Politik so auszurichten hat, dass sie aktiv dazu beitragen kann, dass diese „Klasse an sich“ auch zur „Klasse für sich“ wird. Klassenbewusstsein bildet sich am ehesten über die direkte Teilnahme an den Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit heraus. Dies sind in erster Linie gewerkschaftliche Kämpfe. Deren Unterstützung muss Anliegen der gesamten Partei werden. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaften, als die jetzt schon größte Arbeitsgemeinschaft der Partei, ist zu stärken. Die AG muss in ihrem Bemühen vor allem dabei unterstützt werden, Betriebsgruppen der Partei zu gründen. Sie kann nicht länger nur eine Arbeitsgemeinschaft unter 24 weiteren Zusammenschlüssen sein. Die Sozialistische Linke, die sich selbst als gewerkschaftlich orientierte Strömung in der Partei versteht, sollte sich in der Debatte über den Programmentwurf zu einer vernehmbaren Fürsprecherin der Ausrichtung der Partei auf die Interessen der Lohnabhängigen machen.

Ohne mobilisierte Klasse – Sozialismus nur eine interessante Idee

Ekkehard Lieberam

Auf die Frage nach dem Subjekt zukünftiger humanitärer Gesellschaftsveränderung gibt es verschiedene Antworten. Man kann zum einen das sagen, was dazu im Programm-entwurf steht. Auch das, was nicht im Programm steht, aber von beachtenswerten Strömungen in der Partei zu dieser Frage gesagt oder gedacht wird, muss man unbedingt zur Kenntnis nehmen. Zum anderen wäre zu analysieren, wer denn, welche gesellschaftlichen Kräfte bei uns, tatsächlich für progressive Veränderungen kämpfen und welches Niveau dieser Kampf hat. Schließlich kommt man nicht umhin, etwas zum Stand der an Karl Marx, Friedrich Engels und deren Schüler orientierten klassentheoretischen Debatte zum Subjekt gesellschaftlicher Veränderung im 21. Jahrhundert zu sagen.

Bei den ersten beiden Punkten kann ich mich kurz fassen. Beim letzten Punkt muss ich etwas ausführlicher werden. Dabei will ich auch deutlich machen, dass eine Partei, die sich zu einer „gesellschaftlichen Alternative“, zum demokratischen Sozialismus bekennt, in ihrem Programm eigentlich zum Subjekt gesellschaftlicher Veränderung, also zu den gesellschaftlich-historischen Grundlagen und Voraussetzungen eines erfolgreichen Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft, sich deutlich ausführlicher und genauer äußern müsste.

Was sagt der Programmentwurf?

Zur ersten Frage: Ich sehe das etwas „wohlwollender“ als Andreas Wehr. Ziemlich am Ende des Entwurfs im Kapitel V wird eine kurze, aber im Ansatz sachgemäße Definition des „Subjekts der Veränderung“ gegeben. Es gehe um ein „breites gesellschaftliches Bündnis gegen Neoliberalismus und Kapitalherrschaft“. Dieses Bündnis soll „sowohl Lohnabhängige und sozial Benachteiligte wie bedrohte Mittelschichten und andere sozial, libertär und humanitär orientierte Milieus ansprechen.“ Im Anschluss daran wird angemerkt: „Wir gehen von den gemeinsamen Interessen abhängig Arbeitender, Erwerbsloser und diskriminierter Menschen ... aus.“ Das Bündnis solle sich als „ein Bündnis von Gewerkschaften, globalisierungskritischen und gesellschaftskritischen sozialen Bewegungen, progressiven Menschen aus Wissenschaft und Kultur und der parteipolitischen Linken entwickeln“.

Im Programmentwurf gibt es allerdings, und das entspricht seinem Kompromisscharakter, noch eine andere Linie. Es wird ebenfalls schlechthin von den „Menschen“ gesprochen, die eine andere Gesellschaft wollen und die es zu ermutigen gilt, „selbst für ihre Interessen in Aktion zu treten.“

Zum Charakter unserer Gesellschaft äußert sich der Programmentwurf recht knapp. Sie wird zum einen als eine „demokratische Gesellschaft“ bezeichnet. Zum anderen heißt es richtig, sie sei eine „Klassengesellschaft“. Das aber wird etwas unbedarft damit begründet, dies lasse „sich an der zunehmend ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen ablesen.“ Im Programmentwurf wird jeweils einmal von der „herrschenden Klasse“ und von der „Herrschaft des Kapitals“ gesprochen. Für wirklich sehr bedeutsam im Zusammenhang mit der Frage des Subjekts und einer tauglichen Strategie der Gesellschaftsveränderung halte ich den Satz im Kapitel V des Entwurfs: „Die strategische Kernaufgabe der Linken besteht darin, zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse beizutragen“.

Insgesamt ist das konzeptionelle Niveau dieser Aussagen sicherlich nicht optimal. Aber auf jeden Fall sind die Positionen zum Subjekt zukünftiger Gesellschaftsveränderung weitaus überzeugender als Aussagen in bisherigen Programmdokumenten.

Im PDS-Programm von 1993 wird von „Betroffenen“ und „Bewegungen Betroffener“ gesprochen, die „ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen“ müssen.¹¹

Im Chemnitzer PDS-Programm von 2003 wird sehr nebulös von „emanzipatorische(n) und solidarische(n) Interessen der Gesellschaft“ und „von Interessen der Menschen“ gesprochen.¹²

Die immer noch geltenden Eckpunkte, das Gründungsdokument der Partei DIE LINKE, äußern sich zum Subjekt gesellschaftlicher Veränderung ähnlich wie der Programm-entwurf. Allerdings waren bei dem anzustrebenden Bündnis noch „Selbständige und sozial orientierte Unternehmerinnen und Unternehmer“ dabei,¹³ wer immer von den Unternehmern auch dazu gehören mag.

Ganz wichtig ist die Differenz zwischen dem Programm-entwurf und den 13 Thesen des „Forums demokratischer Sozialismus“. Nach diesen Thesen sind die Subjekte der Veränderung die „Menschen“ bzw. etwas genauer: die „Überzeugung von Menschen“ und das „Alltagsbewusstsein der Bevölkerung“. Von den Lohnabhängigen als Subjekt und von Klassen ist überhaupt nicht die Rede. Die Subjektfrage wird gar nicht ernsthaft gestellt. Es komme auf „Reformprojekte“ an, die offenbar irgendwie in sich selbst „das Potenzial“ besitzen, transformatorischen Charakter zu entfalten und gesellschaftlich hegemoniefähig zu sein.

Dahinter steht ein prinzipiell anderes „linkes“ Politikverständnis. Eigentlich geht es dabei aber gar nicht um ein Politikkonzept, dass „die Menschen“ in den Mittelpunkt stellt. Das ist mehr vorgeschoben. Es geht um das verbreitete, aber selten ausgesprochene politische Selbstverständnis „regierungslinker Politiker“, sie seien das eigentliche Subjekt gesellschaftlicher Veränderung. Politik wird zur Willensfrage dieser Politiker, abhängig allenfalls davon, wie sie „die Kunst der Politik“ beherrschen und ihre „Projekte“ „gesellschaftlich hegemoniefähig“ sind.¹⁴

Es geht nicht um die Voraussetzung erfolgreicher linker Politik: also um den Kampf für die Interessen der abhängig Arbeitenden vornehmlich durch diese selbst. Die eigentliche Aufgabe, so wird behauptet, sei es, die „Überzeugung der Menschen“ zu ändern. Wenn man das erreiche (vor allem hinsichtlich der neoliberalen Politik) und im Bewusstsein durchsetze, dass diese Politik falsch sei und zugleich bestimmte Projekte (Demokratisierung der Wirtschaft, die Neukonstituierung der Arbeitsgesellschaft, der sozial-ökologische Umbau) mehrheitsfähig mache, dann setze man gewissermaßen einen Prozess in Gang, in dem sich Demokratie, Freiheit und Selbstbestimmung entfalten und „die Vereinzelung von sozialen Gruppen und Akteuren“ aufgehoben wird.

Einen realen Bezug dieser Theorie etwa zu Erfahrungen des geschichtlichen Kampfes für Emanzipation und gesellschaftlichen Fortschritt oder ihren Sinn als Leitlinie für eine zukunftsfähige linke Politik vermag sich mir nicht zu erschließen.

Zur zweiten Frage: Welche der gesellschaftlichen Kräfte, von deren Bündnis im Programm-entwurf die Rede ist, kämpfen denn tatsächlich für humanitäre gesellschaftliche Veränderungen oder organisieren sich in Bewegungen, die für derartige Veränderungen kämpfen?

¹¹ Programm der PDS, Januar 1993, 5

¹² Programm der Partei des Demokratischen Sozialismus, Oktober 2003, I

¹³ Programmatische Eckpunkte, März 2007, IV

¹⁴ Vgl. vor allem die ersten drei Thesen der „13 Thesen des „forum demokratischer sozialismus“ (fds) zum Entwurf des Programms der Partei DIE LINKE“.

Dies ist offenbar derzeit nur eine kleine Minderheit. Insofern ist die Meinung, der subjektive Faktor sei vor allem durch „Klassenschlaf“ der abhängig Beschäftigten bzw. durch eine „Ohnmacht der Arbeiterklasse“ gekennzeichnet, grundsätzlich zutreffend: Die meisten Gewerkschaften schrumpfen und setzen weiter auf Sozialpartnerschaft. Gegenüber etwa der Weimarer Republik ist der Organisationsgrad abhängig Beschäftigter und sozial Ausgegrenzter in linken Parteien und Organisationen gering. Eine wirkliche linke Presse ist rar. Die Zahlen bei Protestdemonstrationen gegen soziale Grausamkeiten sind im Unterschied zu Griechenland und Frankreich sehr bescheiden, usw.

Sicherlich gibt es einen massenhaften Vertrauensverlust gegenüber der gegebenen ökonomischen Ordnung und ihren Repräsentanten. Es gibt „einzelne Leuchtflecken, aber keine Lichterkette des Widerstandes“. (Manfred Sohn) Zu einer Veränderung der politischen Machtverhältnisse beizutragen, ist tatsächlich die „strategische Kernaufgabe der Linken“.

Wenn man eine solche Strategie befürwortet, muss man allerdings noch etwas mehr zu den Ansätzen von ernsthaftem Widerstand sagen: Im letzten Jahrzehnt hat sich unter den Aktivisten des Widerstands (was sich auch im Programmentwurf widerspiegelt) ein Konsens über die wichtigsten Forderungen eines linken Aktionsprogramms entwickelt. Weitgehende Übereinstimmung besteht darüber, dass dazu gehören: Beseitigung aller prekären Arbeitsverhältnisse, Mindestlohn, Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohnausgleich, Raus aus Afghanistan.

Konsens ist darüber hinaus auch, dass ein solches Aktionsprogramm die Aufgabe haben muss, die verschiedenen Segmente des subjektiven Faktors im praktisch-politischen Kampf zusammenzuführen. Es gibt im Übrigen viel Übereinstimmung darüber, dass ein solches Aktionsprogramm mit Forderungen verbunden werden muss (politischer Streik, Demokratisierung der Wirtschaft, Vergesellschaftung von Finanzinstituten und Bereichen der Daseinsvorsorge, ökologischer Umbau der Gesellschaft), die zum Teil auch den Charakter von Übergangsforderungen haben, also auf einen Ausbruch aus der kapitalistischen Produktionsweise orientieren und mit denen schon heute die Eigentums-, die Macht- und die Systemfrage gestellt wird. Vor allem mit dem Bundestagswahlkampf 2009 wurde deutlich, dass DIE LINKE mit einem offensiven Wahlkampf es vermag, die Allianz der neoliberalen Parteien regelrecht vor sich herzutreiben, die öffentliche Debatte maßgeblich mit zu bestimmen und erhebliche Stimmengewinne (immerhin prozentual 37 Prozent) zu erzielen.

Bestimmte wichtige soziale Gruppen haben sich in den letzten Jahren im besonderen Maße an Protest und Widerstandaktionen beteiligt. Dazu gehören vor allem: ein Teil der Prekarierten, gewerkschaftlich organisierte Lohnarbeiter (in industriellen Großbetrieben, aber auch im Gesundheitswesen, im Handel und anderen Bereichen), viele Menschen aus dem Bereich des Bildungsbürgertums (siehe Stuttgart 21) und nicht zuletzt zahlreiche Jugendliche, die sich um ihre gesellschaftliche Perspektive sorgen. Das sind im Wesentlichen auch die Gruppen, von denen im Programmentwurf die Rede ist. Linke Politik hat maßgeblich die Aufgabe, diesen Protest zu verstetigen und zu erweitern.

Zur dritten Frage: Im Folgenden einige Überlegungen zur aktuellen klassentheoretischen Debatte im Zusammenhang mit Problemen des subjektiven Faktors:

Erstens: Grundsätzliches

Klassentheorie ist im Kern eine Theorie, die den Kampf der Gesellschaftsklassen in den Mittelpunkt der geschichtlichen und politischen Triebkräfte stellt. Nicht Ideen, nicht die Einhaltung der Sittenlehre, nicht große Persönlichkeiten, nicht der Staat und die Politiker sind die eigentlichen Akteure, sondern die Gesellschaftsklassen. Klassentheorie versteht sich dabei als Strukturtheorie und zugleich als Handlungstheorie.

Im Sinne von Marx, Engels und ihren Schülern geht Klassentheorie davon aus, dass seit der Aufhebung der Gentilordnung alle Gesellschaften Klassengesellschaften sind, wobei sich die ökonomisch und politisch herrschende Klasse die von der beherrschten, ausgebeuteten Klasse geschaffenen Werte aneignet. Das wichtigste klassenbildende Merkmal ist dabei keineswegs der „Geldbeutel“. Es ist die jeweilige Stellung im Produktions- und Reproduktionsprozess der Gesellschaft. Die „verborgene Grundlage der ganzen gesellschaftlichen Konstruktion“ ist „das unmittelbare Verhältnis der Eigentümer der Produktionsbedingungen zu den unmittelbaren Produzenten“. Dieses Verhältnis bestimmt das jeweilige „Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnis“ und das daraus „hervorwachsende Gemeinwesen“.¹⁵

Der Klassengegensatz in der Gesellschaft ist politiktheoretisch ein Interessengegensatz. Im politischen Kampf der Gesellschaftsklassen geht es um Interessen und nicht um vieldeutige Werte. Im Kapitalismus stehen sich zwei Grundklassen mit grundsätzlich entgegengesetzten Interessen gegenüber: die „Eigentümer von bloßer Arbeitskraft“ und die „Eigentümer von Kapital“, „Lohnarbeiter“ und „Kapitalisten“.¹⁶

Marx und Engels haben nicht die Klassen und auch nicht den Klassenkampf entdeckt. Sie haben dreierlei getan. Sie haben ganz wesentlich die Aussagen von Historikern und Ökonomen zur „ökonomischen Anatomie“ von Klassen weiterentwickelt. Und sie haben die Forschung zur geschichtlichen Herausbildung von Klassen bereichert. Sie haben die Position entwickelt, dass im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise die materiellen Existenzbedingungen für eine neue klassenlose Gesellschaft der Freien und Gleichen „ausgebrütet“ werden.¹⁷ Sie haben in der neu entstandenen und sich entwickelnden Mehrwert produzierenden Industriearbeiterklasse die gesellschaftliche Kraft gesehen, die im Kampf um ihre eigene Befreiung diese neue Gesellschaft schaffen kann. „Die Befreiung der unterdrückten Klasse schließt also notwendigerweise die Schaffung einer neuen Gesellschaft ein.“¹⁸ Im Kommunistischen Manifest haben sie zugleich darauf verwiesen, dass die „kämpfenden Klassen“ auch gemeinsam untergehen können.¹⁹

Schließlich hat Karl Marx schon 1847 im „Elend der Philosophie“ strikt unterschieden zwischen der Arbeiterklasse als „Klasse gegenüber dem Kapital“ und als „Klasse für sich selbst“, als tatsächlich für ihre Interessen kämpfende Klasse. Marx hat an der gleichen Stelle ein auch heute noch überzeugendes Konzept politischer Klassenbildung entwickelt mit verschiedenen Stufen: „Klasse gegenüber dem Kapital“: gemeinsame Situation, gemeinsame Interessen, „Klasse für sich selbst“: Koalition („Interessen werden Klasseninteressen“), gewerkschaftlicher und politischer Kampf, „Sturz der alten Gesellschaft“: „Abschaffung der Klassen“, „Neugestaltung der Gesellschaft“.²⁰

Zweitens: Zum Wandel der kapitalistischen Klassengesellschaft als Struktur

Marx und Engels haben nie einen Zweifel daran gelassen, dass die kapitalistische Gesellschaft „kein fester Kristall, sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung befindlicher Organismus ist.“²¹ Klassenantagonismus und Klassenfronten waren in den letzten 160 Jahren in ständiger Bewegung. Dies resultiert aus der fortwährenden Revolutionierung der Produktivkräfte (damit der Produktionsverhält-

¹⁵ K. Marx, Das Kapital, Dritter Band, Berlin 1964, S. 799 f.

¹⁶ Ebenda, S. 892

¹⁷ Vgl. K. Marx, Zur Kritik der Politischen Ökonomie, Vorwort, MEW, Band 13, Berlin 1972, S. 9

¹⁸ MEW, Band 4, Berlin 1977, S. 181

¹⁹ Ebenda, S. 462

²⁰ K. Marx, Das Elend der Philosophie, a. a. O., S. 180 ff. Vgl. M. Vester, Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus, Band 7/1, Hamburg 2008, S. 739 f.

²¹ K. Marx, Das Kapital, Erster Band, Vorwort zur ersten Auflage, Berlin 1975, S. 16

nisse, damit aller gesellschaftlichen Verhältnisse), die ein unabdingbares Merkmal des Kapitalismus ist. Im Verlaufe der geschichtlichen Entwicklung hat es grundlegende strukturelle Veränderungen gegeben, die den konkreten oder generellen Prognosen von Marx und Engels entsprachen. Andere Prognosen sind so nicht eingetroffen.

Die Masse der Beschäftigten, wie von Karl Marx prognostiziert, wurde von den Produktionsmitteln getrennt. Es kam zu einer fortschreitenden Trennung der arbeitenden Menschen von den Produktionsmitteln und zur Konzentration der zersplitterten Produktionsmittel. Der Anteil der Eigentümer bloßer Arbeitskraft an den Erwerbspersonen in Deutschland stieg von 61 Prozent im Jahre 1882 auf etwa 89 Prozent in der Gegenwart (minus lohnabhängige Mittelschicht).

Dabei verschoben sich im Zuge einer fortschreitenden Arbeitsteilung, die Relationen zwischen manuellen Arbeitern, Angestellten und Beamten. Der Anteil der Lohnarbeiter in den Bereichen Handel, Gesundheitswesen, personale Dienstleistungen usw. nahm beträchtlich zu. Die Einkommen innerhalb der arbeitenden Klasse gingen weit auseinander. Es entstand eine „Arbeiterelite“. Die Industriearbeiterklasse (die Mehrwert produzierende Klasse) wurde immer größer. Und der Anteil der Beschäftigten in Großbetrieben an den insgesamt in der gewerblichen Wirtschaft Beschäftigten wuchs an. Etwa ab 1970 bzw. mit dem Beginn dieses Jahrhunderts vollzog sich eine Umkehr dieser Entwicklungen. Hinzu kam eine anwachsende Verlagerung geistiger Arbeit in den Bereich der Industriearbeiterklasse. Die Klasse der werktätigen Bauern ist als Klasse verschwunden; die des Kleinbürgertums ist geschrumpft (1907 waren es 34 Prozent, heute etwa 7 Prozent) und hat sich erheblich gewandelt.

Die Klassenanalyse von heute bestätigt die soziale und politische Bedeutung von zwei sozialen Schichten, auf die Karl Marx verwiesen hat: auf die „Lazarusschicht der Arbeiterklasse“²² (heute: das Prekariat als Teil der arbeitenden Klasse) und auf die nach Marx immer „zahlreicher werdende Klasse der industriellen und kommerziellen Dirigenten“.²³

Die Zwischenstellung der zwischen Kapital und Arbeit stehenden „Klasse der Dirigenten“ (als lohnabhängige Mittelschicht aber auch als lohnabhängige Mittelklasse bezeichnet) ist dadurch gekennzeichnet, dass sie als Lohnabhängige gegen das Kapital stehen und zugleich im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess in der Wirtschaft und im Staat Aufgaben im Interesse des Kapitals übernehmen. Sie erhalten dafür, wie Marx schreibt, einen „Verwaltungslohn“ oder „Aufsichtslohn“. Die Bestimmung ihrer Größe (Schätzungen schwanken zwischen vier und mehr als 20 Prozent) ist zweifelsohne eine der kniffligsten Fragen der Klassenanalyse.

Nur bedingt bestätigt hat sich die allgemeine Erwartung von Marx, dass es zu einem spontanen Anwachsen „der Empörung der stets anschwellenden und durch den Mechanismus des kapitalistischen Produktionsprozesses selbst geschulten, vereinten und organisierten Arbeiterklasse“ kommen werde.²⁴ Sehr unterschiedliche Faktoren (wie Konkurrenz der Arbeiter untereinander, soziale Zugeständnisse, Mechanismen der „Sozialpartnerschaft“) wirkten und wirken dem entgegen. Obwohl der Anteil der Erwerbstätigen in der gewerblichen Wirtschaft an den abhängig Beschäftigten insgesamt zurückgegangen ist, kommt der Industriearbeiterklasse im Kampf gegen das Kapital nach wie vor eine zentrale Bedeutung zu. Sie steht im Zentrum der kapitalistischen Ökonomie und verfügt von da aus über besondere potentielle Machtmittel.

²² K. Marx, Das Kapital, Erster Band, a. a. O., S. 673

²³ K. Marx, Das Kapital, Dritter Band, a. a. O., S. 402

²⁴ K. Marx, Das Kapital, Erster Band, a. a. O., S. 791

Drittens: Zu den geschichtlichen Erfahrungen der politischen Klassenbildung

Der Klassenbegriff bei Marx und Engels hat gerade auch eine soziale und politische Dimension. Die wohl komplizierte Frage ist, welche Faktoren für die Entwicklung der „Eigentümer von bloßer Arbeitskraft“ als Klasse gegenüber dem Kapital zu einer Klasse für sich selbst bestimmend sind und welche Zusammenhänge es zwischen sozialer Struktur dieser Klasse, ihrem Bewusstsein, ihrem Handeln und ihrer politischen Mobilisierung gibt.

Zum einen: Eine bloße Stufenfolge von Eigentumslosigkeit, Verelendung, Empörung, Gegenmachtbildung und politischer Machteroberung, wie vor allem Engels es um 1848 auf Grund der dramatischen Zuspitzung des Klassenantagonismus und der politischen Klassenbildung in England vermutete, existiert nicht.²⁵ Es gibt so auch keine allgemeine Tendenz zur anhaltenden Spaltung der Gesellschaft in zwei „feindliche Lager“, wie es das Kommunistische Manifest vermutete.

Zum anderen: Es gab immer wieder Zyklen und ein Auf- und Ab gewerkschaftlicher und politischer Klassenbildung. Es gab durchaus Zusammenhänge zwischen sozialer Polarisierung (also einer offensichtlichen Verschärfung des Klassenantagonismus) und Organisierung und Politisierung. Spontane Ausbrüche blieben dabei folgenlos, wenn sie sich nicht zu organisierter politischer Gegenmacht verdichteten. Das bestehende Herrschaftssystem, gerade auch die Politik der Sozialpartnerschaft, beeinflussten das politische Verhalten der unteren Klassen. Ohne längere Phasen der Krise dieses Herrschaftssystems, des praktisch-politischen Kampfes, der Aufklärung über die gesellschaftlichen Verhältnisse, dem Wirken eines politischen Zentrums von Widerstand gab und gibt es keine wirklich „mobilisierte Klasse“,²⁶ die die gesellschaftliche Entwicklung nachhaltig zu beeinflussen vermag.

Allerdings kann die Politisierung unter dem Einfluss der herrschenden Ideologie auch stark in Richtung Rassismus und Faschismus gehen. Nicht nur die Sozialisten organisieren die arbeitende Klasse politisch, sondern auch die herrschende Klasse.

Schließlich darf auf keinen Fall übersehen werden, dass sich im Zuge der Organisierung der Klasse mit ihrem gewerkschaftlichen und politischen Kampf eine Sozialschicht in Parteien, Organisationen und Gewerkschaften herausbildet, die in der Tendenz ihre eigenen Interessen entwickelt. Sie neigt zum Brückschlag zur herrschenden Klasse. Merkmale ihrer Politik sind: Anpassung an „die bestehende Ordnung der Dinge“ und, wie Wolfgang Abendroth einmal sagte: fehlende „politische Intelligenz“.²⁷

Viertens: Unabdingbare Aspekte von Programmatik ist die Analyse der Klassenfronten und der Klassenmachtverhältnisse

Bei den Klassenfronten geht es um die wichtigsten objektiven Klassenlagen und –strukturen. Die Frage nach den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen bzw. den Klassenmachtverhältnissen betrifft den politischen Zustand der Klassengesellschaft.

Entsprechend dem bereits Gesagten gibt es aus meiner Sicht in unserer heutigen kapitalistischen Klassengesellschaft nach wie vor zwei Grundklassen: die Klasse der abhängig Arbeitenden und die Bourgeoisie. Und es gibt zwei Mittelschichten oder Mittelklassen: die gewerbliche und die lohnabhängige. Drei Tendenzen bestimmten die strukturellen Veränderungen: die Erweiterung der Klasse der Eigentümer von bloßer Arbeitskraft, die vielschichtige Segmentierung und Differenzierung dieser Klasse und die

²⁵ Vgl. M. Vester, a. a. O., S. 747

²⁶ Bourdieu formulierte: „Die ‚reale‘ Klasse ... ist immer nur die realisierte, d. h. mobilisierte Klasse.“, P. Bourdieu, Praktische Vernunft, Frankfurt/M 1998, S. 25

²⁷ W. Abendroth, Ein Leben in der Arbeiterbewegung, Frankfurt a. M. 1976, S. 255

Verschärfung des Widerspruchs zwischen Kapital und Arbeit, wie sie insbesondere in den letzten 15 Jahren im deutlichen Anwachsen prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse zum Ausdruck kommt.

Die Bourgeoisie ist heute eine hierarchisch gegliederte Klasse der Eigentümer von Kapital mit erweiterter Reproduktion. Zu ihr gehören zudem die Spitzenmanager in Wirtschaft und Staat. An ihrer Spitze steht nicht erst mit dem „finanzmarktgetriebenen Kapitalismus“, sondern bereits seit gut hundert Jahren die Finanzoligarchie.

Die heutige Klasse der „Eigentümer von bloßer Arbeitskraft“ wird von Marxisten mit sehr unterschiedlichen Begriffen bezeichnet. Dahinter verbergen sich vor allem Meinungsverschiedenheiten darüber, wie die erheblichen strukturellen Veränderungen unter den Lohnarbeitern in den letzten vier Jahrzehnten begrifflich auf den Punkt gebracht werden können. Es wird von einer veränderten Arbeiterklasse, von einer Arbeiterklasse im engeren und weiteren Sinne, auch von der abhängig arbeitenden Klasse oder verkürzt der arbeitenden Klasse (oder der Lohnabhängigenklasse) gesprochen. Aber auch von arbeitenden Klassen im Plural ist die Rede, um deutlich zu machen, dass die soziale Gliederung der Gesellschaft weitaus vielgestaltiger und differenzierter geworden ist. Ich plädiere, wie schon deutlich wurde, für den übergreifenden Begriff der arbeitenden Klasse, deren Bestandteil und Kern die Industriearbeiterklasse ist.

Eine Debatte um die Frage „Arbeiterklasse“ oder/und „arbeitende Klasse“ gerät in Gefahr, zu einer Scheindebatte zu werden, die die Klassenfronten nicht klärt, sondern verwirrt, wenn sie die strukturellen Veränderungen und die daraus sich ergebende politisch-semanticen Konsequenzen unbeachtet lässt. Die Veränderungen im gesellschaftlichen Reproduktionsprozess, der Rückgang der manuellen Arbeit und vor allem auch die Ausweitung der personalen Dienstleistungen (so im Gesundheits- und Bildungswesen, im Handel und Gaststättenwesen, im Bereich der Werbung und des Versicherungswesens) bedingen, dass diese Debatte an vielen abhängig Beschäftigten einfach deswegen vorbeiläuft, weil sie sich nicht als Arbeiter sehen.

Die Klassenmachtverhältnisse bzw. die „gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse“, wie es der Programmentwurf formuliert, sind dadurch gekennzeichnet, dass die arbeitende Klasse sich politisch (mit Einschränkungen, auf die ich bereits eingegangen bin) in einem recht desolaten Zustand befindet. Die alte Arbeiterbewegung existiert nur noch in Restbeständen; eine neue organisierte politische Bewegung der abhängig Beschäftigten zeichnet sich allenfalls in Konturen ab. Die neuen Klassenbildungsprozesse finden allerdings „nicht auf einem leeren Feld statt, sondern können auf die Erfahrungen und Lehren der Vergangenheit zurückgreifen.“²⁸

Klassenbewusstsein im Sinne der Erkenntnis, dass die Lohnarbeiter den gesellschaftlichen Reichtum schaffen, den sich andere aneignen, ist unzureichend im Alltagsbewusstsein verbreitet. Die geschwächten Gewerkschaften orientieren mehrheitlich auf Sozialpartnerschaft. Der Medieneinfluss linker Politik, die diesen Namen tatsächlich verdient, ist gering. Trotz aller Kritik an ihr ist die Partei DIE LINKE einer der wenigen politischen Hoffnungsschimmer. Wir haben es mit einer „relativ stabilen Herrschaftskonstellation zu Gunsten des Kapitals“ zu tun.²⁹

Fünftens: zu einigen konzeptionellen Schlussfolgerungen aus dem bisher Gesagten für die politische Theorie und die Revolutionstheorie

Linke, antikapitalistische Politik hat ihre machtpolitische Grundlage in den Interessen der arbeitenden Klasse und in deren Aktionskraft. Die Industriearbeiterklasse ist dabei nach wie vor von besonders großer Bedeutung. Aber eine Revolutionstheorie, die in der

²⁸ G. Bell, Ein Stadtteil, in dem die Arbeiterklasse zu Hause ist, Hamburg 2009, S. 174

²⁹ F. Deppe, Widerstand, soziale Bewegungen und Gewerkschaften im Kapitalismus, Z., Nr. 61, S. 10

Industriearbeiterklasse (und dabei besonders in der Industriearbeiterklasse der Großbetriebe) das eigentliche gesellschaftliche Subjekt einer revolutionären Veränderung sieht und von da aus „Bündnispolitik“ definiert, greift zu kurz.

Subjekt gesellschaftlicher Veränderung ist die arbeitende Klasse in ihrer Gesamtheit und Differenziertheit. Ihre Entwicklung zur mobilisierten Klasse ist irgendwie im Werden, aber auf einem bescheidenen Niveau. Ihre Organisiertheit und Aktionskraft aber ist Voraussetzung sowohl für eine politische Richtungsänderung als auch für einen demokratischen Sozialismus im 21. Jahrhundert. Der Weg dahin führt über eine neue Quantität und Qualität gewerkschaftlicher und politischer Organisiertheit in Form von Gegenmacht und über entsprechende Kämpfe in den Betrieben und auf der Straße. Wenn dieser Weg nicht erfolgreich gegangen wird, bleiben alle großen Ziele linker Politik im 21. Jahrhundert nur „interessante Ideen“.³⁰

Der Begriff der Bündnispolitik hat heute den Sinn, Bündnisse der arbeitenden Klasse mit den Mittelschichten gegen das Kapital zu schließen. Zwischen den verschiedenen Gruppen der arbeitenden Klasse ist dieser Begriff sinnlos. Da geht es nicht um Bündnisse, sondern um die gemeinsame Klassenbildung.

Sozialistische Programmatik hat gerade auch die Aufgabe, die in sich sehr heterogene und zersplitterte arbeitende Klasse (die Lohnarbeiter in den verschiedenen Bereichen der Produktion und Distribution, die Kernbelegschaften der Großbetriebe, die Niedriglöhner, den arbeitslosen Teil der Klasse usw.) im politischen Kampf durch entsprechende Aktions- und Übergangsforderungen zusammenzuführen. Es geht um „Einheit in der Vielfalt“.³¹ Sozialistische Politik muss im Kern Mobilisierung der verschiedenen Segmente der arbeitenden Klasse für ein gemeinsames Klassenhandeln gegenüber dem Kapital und für gemeinsame Projekte sein.

Im Kampf um die Verteidigung und Verbesserung der Lebensbedingungen der arbeitenden Klasse und um eine neue Gesellschaft gibt es in der Gegenwart zahlreiche verschiedene soziale und politische Akteure. Die Partei DIE LINKE ist dabei sehr wichtig. Aber die Antwort auf die Frage, was für eine Partei die abhängig Beschäftigten im 21. Jahrhundert brauchen, ist mit ihr ganz sicherlich nicht abschließend beantwortet. Als neue Form der Artikulierung der Interessen der arbeitenden Klasse haben sich im Übrigen neben Parteien auch vielfältige andere wichtige soziale und politische Organisationsformen entwickelt.

Ein politisches Zentrum des Kampfes um progressive Veränderungen und um eine neue Gesellschaft ist offenbar nur als eine plurale Allianz unterschiedlicher sozialer und politischer Kräfte denkbar. Dabei steht für mich außer Frage, dass es sich um solche Kräfte handeln muss, die nicht nur links blinken, sondern tatsächlich auf der Seite der arbeitenden Klasse gegen Kapital und Kapitalherrschaft stehen.

³⁰ „Ohne die Arbeiterklasse bleibt der Sozialismus eine interessante Theorie. Ohne den Sozialismus erlangt die Arbeiterklasse kein eigenständiges gesellschaftspolitisches Gewicht.“ Heinz Jung, Klassen und Geschichte, Z., Nr. 28, S. 21

³¹ Vgl. den Artikel von Atilio Boron mit diesem Thema in der jungen Welt vom 6. 10. 2010

III. Wo kommen wir her?

Aus der Tradition der Arbeiterbewegung, aus den neuen sozialen Bewegungen, aus einer neuen Bürgerrechtsbewegung oder woher sonst?

Ellen Brombacher

Mit dem Geschichtsteil im Programmentwurf kann ich irgendwie leben. Das „irgendwie“ ist eine Umschreibung dafür, dass mir an mehreren Stellen die dialektische Betrachtung fehlt und dass es auch Aussagen gibt, die für einen wahrscheinlich nicht kleinen Teil der Mitglieder aus dem Osten eine ziemliche Zumutung sind. Die neue Ostpolitik von Willy Brandt z.B. war ganz so unschuldig nicht und die Bewertung von Gorbatschow ist so absolut verkürzt, dass man sie eigentlich nicht ernst nehmen kann. Auch deshalb kann ich mich darüber nicht ereifern und würde mich an dieser Stelle auch nicht verkämpfen.

Ich möchte etwas zu dem Mangel an dialektischer Betrachtung sagen. Den Mainstream-Umgang mit der DDR charakterisiert ein ehernes Prinzip: Die DDR existierte im luftleeren Raum. Es gab keine Ausgangsbedingungen (z.B. die DDR war der wirtschaftlich wesentlich ärmere Teil Deutschlands, ihre Reparationsleistungen, keine Marshallplanhilfe etc.). Es gab keine Sachzwänge und vor allem – die DDR hatte keine Gegner. Eigentlich hatten alle, vor allem die im Osten enteigneten Industriellen und Großgrundbesitzer, die DDR lieb und konnten lediglich kein Verständnis dafür aufbringen, dass von ihr nur schlechte oder zumindest dumme Sachen ausgingen.

Um Missverständnisse zu vermeiden: Ich will die DDR nicht schöner reden als sie war, und es gab zweifelsfrei genügend Unschönes. Aber zu dem, was heute über die DDR gesagt wird, fällt mir nur Bertolt Brecht ein:

„Immer doch schreibt der Sieger
die Geschichte des Besiegten.
Dem Erschlagenen
entstellt der Schläger die Züge.
Aus der Welt geht der Schwächere.
Und zurück bleibt die Lüge.“

Hinzugefügt sei: Wir waren nie so gut, wie wir uns sahen und machten, und wir waren nie so schlecht, wie wir heute gemacht werden. Ich möchte wiederholen: Die Hauptmethode der totalen Denunziation der DDR ist die Abstrahierung von den konkret-historischen Bedingungen, unter denen der sozialistische Versuch auf deutschem Boden stattfand. Es gibt zwei Maßstäbe, mit denen gemessen wird:

- der ahistorische, rein moralisierende für den gewesenen Sozialismus
- und der sachzwangfixierte für den Kapitalismus

Ein praktisches Beispiel: Am 20. Oktober wurde im ZDF-Morgenmagazin der stellvertretende Direktor des Deutsch-Französischen Instituts Prof. Henrik Uterwedde um seine Einschätzung der landesweiten Proteste in Frankreich gebeten, die von 70% der Franzosen gut gefunden würden. Die Regierung in Frankreich habe bei vergleichbaren Massenaktionen immer nachgegeben, so der Moderator. Was würde geschehen, wenn Sarkozy mit seiner Rentenreform nicht durchkäme? Uterwedde erwiderte, er denke, Sarkozy würde die Sache durchziehen. Wenn nicht, gäbe es Riesenprobleme mit den Staatsfinanzen, mit denen es in Frankreich schon jetzt viel schlechter aussähe als in Deutschland. Das würde die Glaubwürdigkeit Frankreichs in der EU gefährden. Mittelbar sei es so, dass – wenn große Eurostaaten ihre Finanzen nicht in den Griff bekämen –

nicht nur bei uns (in der BRD) die Alarmglocken klingeln würden. Sarkozy habe für seine Rentenreform gute Argumente. Zehn Prozent der Renten würden jetzt schon auf Pump finanziert.

Hier hakte der Moderator mit den Worten ein: „Dass muss doch den Leuten in Frankreich einleuchten, dass man mit Sechzig nicht in den Ruhestand gehen kann. Die Lebenserwartung ist dort ja ähnlich hoch, wie in Deutschland.“

Ein völlig normaler Vorgang im Deutschen Fernsehen. Konflikte werden dargestellt. Die realen oder vermeintlichen Sachzwänge, die damit korrespondieren, werden aufgeführt. Prognosen werden erstellt und der dazugehörige Kommentar suggeriert, dass – in diesem Falle - die Konfliktlösung zugunsten des französischen Staates alternativlos ist. Ich will hierzu nicht argumentieren. Ich möchte nur eine Frage stellen: Fällt jemandem eine Fernsehsendung ein, in der Probleme oder Konflikte in der DDR in einen Bezug zu Sachzwängen gesetzt werden, mit denen die DDR zuhauf zu tun hatte – als der ökonomisch und somit materiell stets schwächere Teil Deutschlands, dem vom stärkeren Teil des Landes nicht mit Freundlichkeit begegnet wurde? Fällt jemandem ein Kommentar ein, der in der einen oder anderen Frage für Verständnis hinsichtlich des Vorgehens der DDR wirbt? Wohl kaum. Ein Journalist bürgerlicher Medien, der dies täte, würde seinen Job gefährden. Es gibt eben die zwei Maßstäbe. Einen für den Westen und einen für den Osten.

Und das eben angeführte Frankreich-Beispiel ist ein harmloses: Es gibt Sachzwänge für den Krieg im Irak und in Afghanistan; es gibt Sachzwänge für Guantanamo und Bagram; es gibt Sachzwänge, den Hartz-IV-Empfängern das Elterngeld zu nehmen und – damit es gerecht zugeht - es auch einer Alleinerziehenden zu streichen, die jährlich mehr als 250 000 Euro verdient. Im Kapitalismus gibt es für alles Sachzwänge. Für die DDR gab es die nicht.

Im Programmentwurf findet sich zu diesem Tatbestand nicht einmal ein halber Satz. Aber – es findet sich Positives über die DDR und das ist bereits viel, gilt dies doch in der veröffentlichten Meinung schon als Blasphemie. Zugleich führt der Entwurf im Kontext mit der DDR Schlechtes und Schlimmes auf. Und daran sei der Sozialismus kaputt gegangen.

Man muss sich fragen, wieso dann der Kapitalismus noch existiert? Oder die katholische Kirche – oder gar die Mafia. An Mangel an Moral geht so schnell nichts kaputt. Kaputt gehen die Schwächeren – auch wenn sie einen löblichen Anspruch haben. Und wir sind immer die Schwächeren geblieben.

Unverzeihlich war, dass wir uns das nie eingestanden haben. Stattdessen wurden Probleme gedeckelt, über Lösungswege wurde weniger und weniger gestritten, und so manche von denen, die diesen Mangel an Analyse und Streit kritisierten, wurden von uns zu Gegnern gemacht. Letztlich erstarrten wir so und haben zunehmend fehlende Politikkonzepte durch Sicherheitskonzepte ersetzt. Und so etwas kann nicht funktionieren. Das gilt übrigens nicht nur für die DDR. Ich hoffe, verständlich gemacht zu haben, dass ich die DDR weder schönen will, noch etwas von Nostalgie halte. Ich will nur eins: dass wir dem Versuch, in einem Teil Deutschlands ohne die verheerende Macht des Kapitals auszukommen, historische Gerechtigkeit widerfahren lassen. Daher denke ich über Änderungsanträge zum Geschichtsteil in folgende Richtungen nach:

- Im Zusammenhang mit dem II. Weltkrieg darauf zu verweisen, dass es die Sowjetunion war, die die größten Opfer bei der Zerschlagung des Faschismus erbrachte und das Potsdamer Abkommen nicht zu vergessen. (Zur Erinnerung: Das Potsdamer Abkommen sah vor: Der deutsche Militarismus und Nazismus werden ausgerottet. Völlige Abrüstung und Entmilitarisierung Deutschlands. Die

NSP mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Unterorganisationen ist zu vernichten. Alle NS-Ämter sind aufzulösen. Es sind Sicherheiten dafür zu schaffen, dass sie in keiner Form wieder auferstehen. Jeder nazistischen und militaristischen Betätigung und Propaganda ist vorzubeugen. Endgültige Umgestaltung des politischen Lebens auf demokratischer Grundlage. Nazistische und militaristische Lehren sind aus dem Erziehungswesen völlig zu entfernen und eine erfolgreiche Entwicklung der demokratischen Ideen möglich zu machen. Soweit die Quintessenz aus dem Potsdamer Abkommen. Das neueste Buch zur Geschichte des AA nach 1945 spricht in diesem Kontext seine eigene Sprache).

- Zu den Positiv-Seiten der DDR hinzuzufügen, dass es in ihr strukturellen Antifaschismus gab und in ihr das Prinzip „Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen“ Politikcharakter hatte.
- Dass die positiven Entwicklungen in der DDR möglich wurden, trotz extrem widriger Umstände, unter denen sich diese Entwicklung vollzog und dass diese Umstände eine der Ursachen für unübersehbare Deformationen waren.

Eine vorletzte Bemerkung zum Geschichtsteil:

Umgang mit der Geschichte ist zugleich ein Umgang mit ungezählten Mitgliedern der Partei. Zählen könnte man diejenigen, die uns verließen, weil sie Geschichtsklitterungen auch innerhalb der Partei nicht mehr ertrugen. Nun könnte man unterstellen, sie seien alle nur unbelehrbar und nicht bereit, kritisch mit der Geschichte und der eigenen Biografie umzugehen. Aber – so einfach ist das wirklich nicht. Es stimmt, was im Programmtext steht: „Viele Ostdeutsche setzten sich nach 1945 für den Aufbau einer besseren Gesellschaftsordnung und für ein friedliebendes, antifaschistisches Deutschland ein ... Zu den Erfahrungen der Menschen im Osten Deutschlands zählen die Beseitigung von Arbeitslosigkeit und die wirtschaftliche Eigenständigkeit der Frauen, die weitgehende Überwindung von Armut, ein umfassendes soziales Sicherungssystem, ein hohes Maß an sozialer Chancengleichheit im Bildungs- und Gesundheitswesen sowie in der Kultur.“ Schon diese wenigen Sätze wirken in der heutigen Gesellschaft wie Blasphemie. Ich will diese Art von Gotteslästerung noch zuspitzen: Die Menschen kannten keine sozialen Existenzängste, kein NVA-Soldat hatte Sorge – auch nicht während der sowjetischen Intervention - DDR-Interessen am Hindukusch verteidigen zu müssen, und Antifaschismus war Staatsraison. Für sehr viele Menschen in der DDR waren das entscheidende Werte, wesentlicher als Konsum.

Das wissen die Parteimitglieder im Osten, das entspricht der Haltung sehr vieler und: es geht - nicht nur, aber nicht zuletzt - darum, dass unsere älteren Genossinnen und Genossen ihren ganz persönlichen Anteil am sozialistischen Versuch auf deutschem Boden haben. Es wäre ausgesprochen gut, diesen Sachverhalt nicht zu ignorieren. Es gibt einige nicht nur mir bekannte Genossinnen und Genossen, die waren um die Wendezeit Kinder oder Jugendliche, und die werden nicht müde zu wiederholen, dass man auf diesen menschlichen Faktor beim Umgang mit der Geschichte keine Rücksicht nehmen könne. Man müsse vielmehr schonungslos mit der Vergangenheit umgehen. Ich halte von Schonungslosigkeit nicht viel. Deshalb werde ich auch nicht viel darüber sagen, worin ich die Motivation für diese Art von Schonungslosigkeit sehe.

Es gibt einen Fakt: Wenn man im System der etablierten Parteien ankommen will, müssen zwei Dinge stimmen:

- An der DDR darf kein gutes Haar gelassen werden.
- Die Staatsraison in punkto Außen- und Sicherheitspolitik muss uneingeschränkt akzeptiert werden.

Um beides geht es in den ideologischen Auseinandersetzungen, die uns aufgezwungen werden bzw. in der Partei stattfinden.

Eine abschließende Bemerkung zum Geschichtsteil des Programmentwurfs:

Es gibt einen Punkt, den ich für unerträglich halte: Die dreimalige Verwendung des Begriffs Nationalsozialismus bzw. nationalsozialistisch. Das ist die von den Hitlerfaschisten – und ich gebrauche diesen Begriff hier bewusst, wenngleich ich für das Programm darauf nicht bestehen würde – das ist also die von den Nazis gewählte Selbstbenennung, um den Menschen, vor allem den Arbeitern vorzumachen, man wolle Sozialismus, allerdings den nationalen, auf keinen Fall einen internationalistischen. Der Begriff Nationalsozialismus ist durch und durch verlogen, und Sozialisten sollten ihn niemals verwenden. Wenn der Begriff „deutscher Faschismus“ partout nicht verwandt werden soll – was mir unverständlich wäre, konnte ich nicht die Wurzeln der Ablehnung desselben – so kann problemlos vom „Aufstieg der Nazis“, von „Nazi-Barbarei“ und letztlich von „deutschen Nazis“ gesprochen werden. Der Begriff „Nazi“ ist hinlänglich abwertend und assoziiert ausschließlich Negatives.

IV. Was schlagen wir vor?

Die Vergesellschaftung von Banken und Schlüsselindustrien, Mitarbeiterbeteiligung, Rekommunalisierung, die Umverteilung über Steuern oder was?

Lydia Krüger

Im Unterschied zu Programmen der PDS legt der jetzt vorliegende Programmentwurf der Partei DIE LINKE einen Schwerpunkt auf Fragen des Eigentums und der Wirtschaftsdemokratie. Wie es sich für eine sozialistische Partei gehört, wird die Eigentumsfrage als *„entscheidende Frage gesellschaftlicher Veränderung“* begriffen, was an verschiedenen Stellen begründet wird, z.B. auf Seite 11: *„Wirtschaftliche Macht bedeutet auch politische Macht. Solange die Entscheidungen großer Unternehmen sich an den Renditewünschen privater Anteilseigner (Shareholder) statt am Interesse der Allgemeinheit orientieren, ist Politik erpressbar und Demokratie wird ausgehöhlt. Eine soziale, friedliche, umweltgerechte, demokratische Gesellschaft erfordert, dass die ökonomische Macht derer, die an Armut, Ausbeutung, Naturzerstörung, Rüstung und Kriegen verdienen, zurückgedrängt und überwunden wird.“*

Warum die Eigentumsfrage so wichtig ist, wird auch im analytischen Teil des Programms (d.h. in Kapitel II) ausführlich begründet. Und zwar wird dort nachgezeichnet dass eine kapitalistische – d.h. eine auf Privateigentum an Produktionsmitteln basierende – Gesellschaft für eine vierfache Krise verantwortlich ist: Eine Krise des sozialen Zusammenhalts, da das Privateigentum an Produktionsmitteln dazu führt dass die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinanderklafft, eine Krise der Demokratie, die unter die Räder einer Verwertungslogik kommt, da sich der Wählerwille gegen die Kapitalinteressen kaum noch durchsetzen kann, eine Umweltkrise, bzw. eine Krise der Reproduktion, da die Konzerne auf den Umweltschutz, auf die Notwendigkeit nachhaltiger Ressourcennutzung und die Vermeidung von Großrisiken pfeifen, wenn es um ihren Profit geht – und schließlich eine Krise in Form von Imperialismus und Krieg, weil große Konzerne und die mit ihnen verbündeten Regierungen mitunter über Leichen gehen, wenn es darum geht, Bodenschätze in fremden Ländern auszubeuten bzw. entsprechende Handelsrouten und Märkte zu sichern.

Was schlägt DIE LINKE also vor? Nicht mehr und nicht weniger als *„eine andere, demokratische Wirtschaftsordnung, die die Marktsteuerung von Produktion und Verteilung der demokratischen, sozialen und ökologischen Rahmensetzung und Kontrolle unterordnet. Sie muss dazu auf öffentlichem und demokratisch kontrolliertem Eigentum in der Daseinsvorsorge, an der gesellschaftlichen Infrastruktur, in der Energiewirtschaft und im Finanzsektor sowie der demokratischen Vergesellschaftung weiterer strukturbestimmender Bereiche auf der Grundlage von staatlichem, kommunalem, genossenschaftlichem oder Belegschaftseigentum beruhen und den privatwirtschaftlichen Sektor strikter Wettbewerbskontrolle unterwerfen. In allen Unternehmen sind starke Arbeitnehmer- und Mitbestimmungsrechte zu sichern.“*(S.3)

Ich denke, diese erste Forderung in der Präambel des Programms stellt klar, dass öffentliches Eigentum für uns kein Selbstzweck ist, wie es uns von manchen Kritikern unterstellt wird. Vielmehr ist es die Voraussetzung dafür, überhaupt eine demokratische, soziale und ökologische Rahmensetzung vornehmen zu können. Nun gibt es einige, die glauben, man könnte eine solche Rahmensetzung auch vornehmen, **ohne** dass man strukturbestimmende Bereiche der Wirtschaft in öffentliches oder genossenschaftliches Eigentum überführt. Dies mag bei oberflächlicher Betrachtung zutreffen. Das Problem ist nur, dass ohne Überwindung der Kapitalmacht (in Form des Privateigentums an den

zentralen Produktionsmitteln) jede Reform, die den Interessen der Konzerne widerspricht, bei der nächsten Gelegenheit wieder rückgängig gemacht wird. Die aktuelle Verlängerung der AKW-Laufzeiten, die gegen den Willen der Bevölkerungsmehrheit im Interesse der vier großen Energiekonzerne durchgesetzt wird, ist dafür ein anschauliches Beispiel.

Was wollen wir vergesellschaften?

Man kann sagen, dass sich die Eigentumsfrage wie ein roter Faden durch das gesamte Programm zieht. Besonderer Wert wird dabei auf die öffentliche Daseinsvorsorge gelegt. So darf *„die Grundversorgung der Menschen mit lebensnotwendigen Leistungen wie **Energie, Wasser und Mobilität**, aber auch **Wohnen, die soziale Infrastruktur, Gesundheit, Bildung und Kultur** ... nicht kapitalistischem Profitstreben überlassen werden.“* Oder an anderer Stelle heißt es: *„Die Daseinsvorsorge in der Versorgung mit Wasser, Energie, Transport- und Kommunikationsdiensten flächendeckend, für alle erschwinglich und in hoher Qualität zu sichern, ist eine öffentliche Aufgabe. Sie muss ebenso wie **Krankenhäuser, Schulen und Hochschulen** in öffentlichen, nicht-profit-orientierten Unternehmen organisiert werden.“* (S. 17f.) Nun kann man bemängeln, dass in dieser Aufzählung die Abfall- bzw. Entsorgungswirtschaft fehlt – der Logik nach ist sie natürlich mitgemeint.

Dann gibt es einen Absatz zu netzgebundenen Dienstleistungen, demnach *„müssen **netzgebundene Dienstleistungen (Stromversorgung, Telekommunikation, Eisenbahnverkehr und andere Dienste)** in öffentlichem Eigentum bleiben oder in öffentliches Eigentum überführt werden und der demokratischen Kontrolle unterliegen.“* Sobald sich diese Netze nämlich in privaten Händen befinden, ist Preiswucher und/oder die Vernachlässigung von Investitionen in das Netz die fast zwangsläufige Folge. Das ist übrigens keine Position, die nur von Sozialisten vertreten wurde und wird. Vielmehr war es bis zur Rückwende Anfang der 90er Jahre in den meisten Ländern allgemein anerkannt, dass natürliche Monopole, die auf Netzen basieren, nur öffentlich organisiert sein können.

Dass *„**große Naturreichtümer...** allen und daher in öffentliche Hand“* gehören (S.12), bedarf sicher keiner weiteren Begründung. Auch dass wir das *„**genossenschaftliche Eigentum vor allem in der Landwirtschaft** sowie in den Bereichen kleiner oder auch mittlerer Unternehmen nicht zuletzt auf den Feldern des Handels, handwerklicher Produktion und innovativer Neugründungen in Wissenschaft und Technik ... stärken“* wollen (S.13), dürfte unstrittig sein. Allerdings ließe sich ergänzen, dass sich auch in anderen Bereichen, insbesondere der Wohnungswirtschaft, die genossenschaftliche Organisation durchaus bewährt hat.

Eine Forderung, die mitunter Anlass zu Missverständnissen gibt, betrifft die **privaten Banken**, die nach unseren Vorstellungen *„verstaatlicht, demokratischer Kontrolle unterworfen und auf das Gemeinwohl verpflichtet werden“* müssen (S.15). Wenn DIE LINKE die Verstaatlichung von Banken fordert, dann heißt das natürlich nicht, dass wir etwa die Verstaatlichung der HRE oder die Teilverstaatlichung der Commerzbank, so wie sie gelaufen sind, gutheißen würden – ganz im Gegenteil. Ich unterscheide begrifflich gerne zwischen Banken, die *sich verstaatlichen* und Banken, die *verstaatlicht werden*. Mit Banken, die sich verstaatlichen meine ich Banken, die sich den Staatsapparat zu Dienste machen und direkt für die eigenen Interessen einspannen. Genau das haben wir ja bei der Bankenrettung erlebt: Als sich die Krise nach der Lehman-Pleite rasant zuspitzte, riefen die Vertreter der größten Finanzkonzerne bei Frau Merkel an und diktierten ihr, was nun zu tun sei. Sogar das entsprechende Gesetz (Finanzmarktstabilisierungsgesetz) wurde nicht etwa innerhalb der Ministerialbürokratie entworfen, sondern von einer Anwaltskanzlei, die ansonsten vor allem private Banken zu ihren Kunden zählt

(nämlich Freshfields Bruckhaus Deringer). Und das war kein Einzelfall, sondern die Regel bei jenen Gesetzen, die mit der „Rettung“ von Banken bzw. mit der Sozialisierung ihrer horrenden Verluste zu tun hatten. Wenn Banken sich verstaatlichen, kommt es demnach zu einer Privatisierung der Gesetzgebung, d.h. unter dem Druck des Finanzkapitals wird die Kernfunktion der Legislative – das Erarbeiten von Gesetzentwürfen – outgesourct. Und natürlich will DIE LINKE keine Banken, die sich derart verstaatlichen um so die Allgemeinheit besser ausplündern und Milliardenverluste beim Steuerzahler abladen zu können, sondern DIE LINKE will Banken verstaatlichen um sie zu zwingen, ihre Geschäftspolitik zu ändern und am Gemeinwohl auszurichten. Dies impliziert freilich, dass im Zuge der Verstaatlichung große Geschäftsbereiche (vom Investmentbanking bis zum Finden von Steuerschlupflöchern für Konzerne und Vermögensbesitzer) und evtl. sogar ganze Banken abgewickelt werden.

Im **Gesundheitswesen** setzen wir der Aushöhlung der Solidarität durch private Krankenkassen und der Zumutung privater Zuzahlungen unser Modell einer solidarischen Bürgerversicherung entgegen (S.17). Ferner wollen wir eine sichere und auskömmliche Rente für alle durch Einbeziehung aller Erwerbstätigen in eine paritätisch finanzierte, gesetzliche **Rentenversicherung** erreichen. Dabei könnte der Programmentwurf ruhig noch deutlicher machen, warum wir den Trend zur Privatisierung der Altersvorsorge für falsch und hochgefährlich halten. Nämlich a) weil man die Versorgung im Alter nicht von den Launen der Finanzmärkte abhängig machen darf, b) weil die Rentenprivatisierung Billionen Dollars, Pfund und Euro in die Hände von privaten Finanzkonzernen gespült hat, die damit immer mächtiger geworden sind und die c) mit diesem überschüssigen Kapital spekulieren und damit einen Finanzcrash nach dem anderen auslösen.

Nicht nur die negativen Folgen der Rentenprivatisierung kommen im Programmentwurf etwas zu kurz. Auch was die Wissenschaft und Forschung bzw. die Entwicklung neuer Technologien angeht, könnte das Programm noch deutlicher werden. So reicht es meines Erachtens nicht, zu sagen, dass wir „die Privatisierung von **Wissenschaftseinrichtungen, also von Bibliotheken, Museen, Theatern und anderen Stätten des Wissens und der Kultur**“ ablehnen (S.21). Darüber hinaus sollten wir die Vergesellschaftung sowie die strikte öffentliche Kontrolle all jener Hochtechnologien fordern, deren Einsatz oder Weiterentwicklung mit Risiken für die Umwelt oder unsere Gesundheit verbunden sein könnten.

Wie hat man sich Vergesellschaftung vorzustellen?

Last but not least wollen wir „die **Energiekonzerne** in öffentliches Eigentum überführen und einer demokratischen Kontrolle unterstellen. Das Energiekartell muss entflochten, die Energieversorgung weitgehend rekommunalisiert, die Energiemonopole müssen schrittweise aufgelöst werden.“ Ich denke, das ist neben der Vergesellschaftung der privaten Banken die wohl wichtigste Forderung im Zusammenhang mit der Eigentumsfrage – ganz einfach weil die vier großen Energiekonzerne eine so gewaltige Macht ausüben, dass die Demokratie dadurch beschädigt wird. Auf das Beispiel der Laufzeitverlängerung deutscher AKWs bin ich schon eingegangen, es ließen sich aber noch viele weitere Beispiele nennen. So wurde etwa im Rahmen des RWE-Skandals im Jahr 2004 aufgedeckt, dass CDU-Politiker wie Hermann Josef Arentz und Laurenz Meyer sowie weitere 200 haupt- und nebenamtliche Mandatsträger auf der Gehaltsliste von RWE standen. Die Macht der Energiekonzerne zu brechen ist aber auch deshalb so zentral weil im Interesse dieser Konzerne Kriege geführt wurden und werden.

Nun wird an dieser Stelle manchmal eingewandt, dass eine Vergesellschaftung der Energiekonzerne nichts bringen würde, da es ja auch öffentliche Energiekonzerne gibt, deren Geschäftspolitik sich von den Privaten kaum unterscheidet – man denke etwa an den schwedischen Staatskonzern Vattenfall. Allerdings stellt der Programmentwurf

selbst fest, dass öffentliches Eigentum *„keine Garantie, aber die Voraussetzung für neue Kriterien und Prioritäten des Wirtschaftens“* ist. *„Auch Unternehmen im Eigentum von Bund, Ländern und Kommunen bedürfen der Kontrolle. Sie müssen sozialen und ökologischen Vorgaben unterliegen und dem Gemeinwohl gesetzlich verpflichtet werden.“* (S.12) Ich gebe zu, dass sich dies viel einfacher anhört als es zu verwirklichen ist. Gerade im Energiebereich wird eine solche demokratische Vergesellschaftung auf stärksten Widerstand stoßen. Man denke hier etwa an Venezuela, wo es Ende 2002/Anfang 2003 einen heftigen Kampf um die Kontrolle des öffentlichen Ölunternehmens PDVSA gab. Auf den Versuch der Regierung Chávez, die Einnahmen aus dem Ölgeschäft auch den Armen zugute kommen zu lassen, reagierte die Opposition mit Streiks und Sabotageaktionen, an denen sich auch die (gelbe) Gewerkschaft CTV und Angestellte des Ölkonzerns beteiligten, die um ihre Pfründe fürchteten. Warum erwähne ich gerade dieses Beispiel? Weil sich damit begründen lässt, warum DIE LINKE nicht allein auf die Überführung von Unternehmen in die Hände der Belegschaften setzt, sondern dieses Belegschaftseigentum für uns nur *eine Form der Vergesellschaftung* unter anderen ist. So fordert der Programmentwurf, dass die *„Belegschaften ohne Lohnverzicht an dem von ihnen erarbeiteten Betriebsvermögen beteiligt werden, dass sie in wichtigen Fragen, etwa bei drohenden Massenentlassungen oder Standortschließungen, abstimmen können und die Belegschaften insgesamt mehr Mitbestimmungsrechte erhalten.“* (S.12)

Ansonsten findet man zu unseren Vorstellungen von Vergesellschaftung im Programmentwurf noch die Aussage, dass wir für die Ergänzung der Parlamente durch Runde Tische oder Wirtschafts- und Sozialräte auf allen Ebenen eintreten. *„In solchen Gremien sollten Gewerkschaften, Kommunen, Verbraucherinnen und Verbraucher, sowie soziale, ökologische und andere Interessenverbände vertreten sein [...]“* (S.13) Nun wird mitunter kritisiert, dass dies nicht konkret genug sei und DIE LINKE genauer darlegen sollte, wie sie sich den Prozess einer demokratischen Vergesellschaftung vorstellt (vgl. etwa Klaus Lederer: Beim Eigentum zu kurz gegriffen, ND vom 5. Juli 2010). Ich denke allerdings, dass unsere diesbezüglichen Vorstellungen ausreichend sind und wir uns vielleicht sogar lächerlich machen würden, wenn wir im Detail auflisteten, welche Unternehmen wir vergesellschaften und wen genau wir an welcher Stelle in Entscheidungsprozesse einbeziehen wollen. Der Prozess demokratischer Vergesellschaftung ist ja keine Veranstaltung, bei der ein paar schlaue Leute von der Linken ein Rezept aus der Tasche ziehen, welches dann Punkt für Punkt abgearbeitet wird. Die Geschichte zeigt vielmehr, dass sich die konkrete Form der Vergesellschaftung erst in den sozialen Kämpfen selbst herausbilden wird. Ob das dann Runde Tische sein werden oder ob es vor allem Arbeiterinnen und Arbeiter sein werden, die ein habgieriges Management zum Teufel jagen oder ob es Stadtteileräte sein werden, die sich zusammenfinden und Veränderungen erkämpfen wie in Venezuela - das alles lässt sich kaum vorhersagen. Insofern finde ich es auch richtig, dass wir die konkrete Bestimmung, *„auf welche Bereiche, Unternehmen und Betriebe sich die demokratische Vergesellschaftung erstrecken und in welchen öffentlichen oder kollektiven Eigentumsformen (staatliches oder kommunales Eigentum, Genossenschaften, Belegschaftseigentum) sie sich vollziehen soll“*, dem *„demokratischen Prozess“* überlassen (S. 12), denn auch der Fokus, das Tempo und die Reichweite der Vergesellschaftung ergibt sich aus den sozialen Kämpfen selbst – in die DIE LINKE freilich mit eigenen Vorstellungen hineingehen kann.

Viel wichtiger als das Verfassen eines detaillierten „Leitfadens“ zur Vergesellschaftung ist aber doch, dass DIE LINKE die konkreten Ansätze für solche Kämpfe möglichst früh erkennt und diese tatkräftig unterstützt. In Berlin ist DIE LINKE da leider „zu kurz gesprungen“ bzw. sie ist überhaupt nicht gesprungen, als entsprechende soziale Bewe-

gungen sich formiert und an ihre Tür geklopft haben. So hat DIE LINKE in Berlin es z.B. sehr lange versäumt, das Volksbegehren „Schluss mit Geheimverträgen — Wir Berliner wollen unser Wasser zurück“ zu unterstützen. Begründet wurde dies damit, dass man das Volksbegehren nicht für juristisch einwandfrei hält, weil es angeblich gegen höherrangiges Recht verstößt. Nun bin ich keine Juristin, aber als Politologin weiß ich dass die Durchsetzung von juristisch umstrittenen Gesetzen immer auch eine Frage der Macht und des öffentlichen Drucks ist. Ich hab dieses Argument auch mal vorgebracht — daraufhin hat man mir geantwortet dass Deutschland ja leider nicht Bolivien sei, hier würden nie Massen auf die Straße gehen weil sie ihre Wasserbetriebe wiederhaben wollen, das würde die Leute hier doch gar nicht interessieren. Tja, so kann man sich irren: Mit mehr als 280.000 gültigen Unterschriften hat das Volksbegehren des Berliner Wassertischs nicht nur die zweite Stufe locker genommen, sondern auch mehr Unterstützung bekommen als jedes andere Volksbegehren der letzten Jahre. Und dies, obwohl der Berliner Wassertisch – im Gegensatz etwa zu „Pro Reli“ oder den Anhängern des Flughafens Tempelhof – über fast keine finanziellen Ressourcen verfügte.

Ist Antikapitalismus mehrheitsfähig?

Nun muss man gerechterweise zugeben, dass die Situation in Deutschland mit jener in Bolivien tatsächlich kaum zu vergleichen ist. Wo ist denn in Deutschland die Bewegung, die in der Lage wäre, unser schönes Programm zur Verwirklichung des Sozialismus im 21. Jahrhundert in die Praxis umzusetzen? Denn ohne die fortgesetzte Mobilisierung von Millionen Menschen wird es keine Vergesellschaftung „strukturbestimmender Großbetriebe“ geben, dies sollte uns bewusst sein. Insofern kann es schon traurig stimmen wenn man die Situation in Deutschland mit jener in Griechenland oder Frankreich vergleicht — da gab es allein in diesem Jahr ein halbes Dutzend Generalstreiks. Auch in Spanien sind am 29. September mehrere Millionen Menschen auf die Straße gegangen, in Italien haben im Juni etwa eine Million Menschen gegen die Kürzungspolitik von Berlusconi demonstriert. Und in Deutschland? Nun ließe sich lange diskutieren, warum die Proteste hierzulande bislang eher mager ausfielen. So scheinen hierzulande viele Menschen an das Märchen vom „Ende der Krise“ zu glauben — was damit zu tun hat, dass die deutschen Konzerne sich in der Krise relativ gut behauptet haben bzw. sie (auf Kosten von Unternehmen aus schwächeren EU-Staaten) sogar gestärkt aus ihr hervorgegangen sind.

Dies heißt nicht, dass die einfachen Leute hierzulande von der Krise nicht betroffen wären. Trotzdem fällt der Protest gegen die Überwälzung der Krisenlasten auf die Bevölkerung noch relativ schwach aus bzw. er entzündet sich hier an anderen Punkten. Aktuell z.B. an der Atompolitik der Bundesregierung und dem nächsten Castor-Transport und dann natürlich an Stuttgart 21, dem wahnwitzigen Bahnprojekt. Warum ist dies so? Warum gibt es hierzulande keine Massenbewegung gegen das Sparpaket — von einer Massenbewegung für die Vergesellschaftung der Banken und Energiekonzerne einmal ganz zu schweigen? Ist unser Parteiprogramm an dieser Stelle zu radikal, ist Antikapitalismus in Deutschland nicht mehrheitsfähig, wie von einigen Kritikern behauptet wird?

Nun mag man darüber streiten ob DIE LINKE überhaupt ein Programm haben muss, dass der Mehrheit der Menschen in Deutschland auf Anhieb gefällt — ich denke nein, da Parteiprogramme in die Zukunft weisen und durch gute Argumente überzeugen sollen. Und es spricht vieles dafür, dass auch in Deutschland eine gesellschaftliche Mehrheit von der Notwendigkeit, den Kapitalismus zu überwinden, überzeugt werden kann. Vielleicht ist eine Mehrheit sogar schon überzeugt? Jedenfalls wünschen sich 88 Prozent der Deutschen nach einer emnid-Umfrage von August 2010 eine „neue Wirtschaftsordnung“, da der Kapitalismus weder für einen *„sozialen Ausgleich in der*

Gesellschaft" noch für den "Schutz der Umwelt" oder einen "sorgfältigen Umgang mit den Ressourcen" Sorge (Vgl. Der Spiegel: Neun von zehn Deutschen fordern neue Wirtschaftsordnung, 18.08.2010). Das Problem scheint mir also ein anderes zu sein.

Das TINA-Problem

Ich habe das Problem mal das „TINA-Problem“ genannt — das ist die Abkürzung von „There is no alternative“, eine Äußerung, für die Margaret Thatcher bekannt war. Der argentinische Politikwissenschaftler Atilio Boron hat dieses Problem sehr treffend beschrieben: *„[Es] ist nicht das fehlende Bewußtsein über die soziale und ökologische Katastrophe, die der Kapitalismus verursacht. Es ist der düstere Fatalismus und die Resignation, die es unmöglich machen, eine Alternative überhaupt zu denken.[...] Niemand denkt daran, aus dem Gefängnis auszubrechen, wenn er noch keinen Fluchtweg und keine Strategie für seinen Ausbruch hat. Der Neoliberalismus hat einen entscheidenden Sieg in der ideologischen Schlacht errungen, indem es ihm gelungen ist, unsere Gesellschaften und darin vor allem die unteren Klassen und Schichten — davon zu überzeugen, daß es keinen Ausweg gibt.“* (Atilio Boron: Einheit in der Vielfalt, in: junge Welt vom 06.10.2010) Man kann es auch andersherum ausdrücken: Was der Arbeiterbewegung vor allem in Deutschland aber nicht nur in Deutschland verlorengegangen ist, das ist das Vertrauen in die eigene Stärke, die Einsicht, dass man etwas bewegen kann, wenn man nur will. Ich denke das ist auch ein Grund warum so viele Leute in Stuttgart gegen das Bahnprojek auf die Straße gehen. Was die Leute dort beflügelt, ist die Überzeugung, dass man dieses unsinnige Großprojek tatsächlich noch stoppen kann.

Allerdings haben auch die Stuttgart 21-Gegner mit dem TINA-Problem zu kämpfen. Derzeit Konjunktur hat z.B. das Argument, dass Verträge eingehalten werden müssen, da ein Ausstieg aus den Verträgen Milliardenkosten kosten würde. Angeblich gebe es zu dieser Vertragserfüllung keine Alternative – ein Argument, das uns auch im Hinblick auf geheime Privatisierungs- und ÖPP-Verträge immer wieder begegnet. Und nicht nur dort. Eine besondere Form von Verträgen sind ja Kreditverträge und ich denke heute und in Zukunft werden wir häufig auf das Argument stoßen, dass Kredite bedient und Schulden bezahlt werden müssen. Früher wurden unsere Forderungen oft mit einem „Es ist kein Geld da, das kann doch keiner bezahlen“ abgeschmettert. Mit diesem Argument können sie heute nicht mehr so leicht kommen, nachdem sie den Banken hunderte Milliarden hinterhergeschmissen haben. Doch derselbe „Sachzwang“, der zur Begründung für die unsoziale Sparpolitik angeführt wird, lautet nun, dass Schulden bedient bzw. Haushalte konsolidiert werden müssen. Und damit nicht alles: Um Alternativen zur neoliberalen Politik erst gar nicht in das öffentliche Bewusstsein treten und diskutieren zu lassen, sind die herrschenden Eliten eifrig dabei, ihren selbstgemachten Sachzwängen Verfassungsrang zu geben. Ein Beispiel für eine derartige Institutionalisierung ist die Schuldenbremse, die nun sogar im Grundgesetz verankert ist. Auf europäischer Ebene gibt es das auch in Form der Maastricht-Kriterien und des Stabilitätspakts. Wobei das nur ein Beispiel ist. Letztlich ist der ganze Vertrag von Lissabon ein neoliberales Korsett, das den Regierungen in Europa eine bestimmte Politik aufzwingt bzw. ein Sachzwangfetisch, der fortschrittliche Alternativen als unmöglich und unrealistisch erscheinen lässt.

Ich denke, wir müssen noch intensiver darüber nachdenken, was wir diesen TINA-Argumenten entgegensetzen, von denen sich auch manche unserer Mitglieder einschüchtern lassen. So habe ich in einem Beitrag zur Programmdebatte die These gelesen, dass man über Wirtschaftsdemokratie und Vergesellschaftung überhaupt nur noch im europäischen Rahmen diskutieren kann, da eine Währungsunion immer auch ein gemeinsamer Wirtschaftsraum sei und für die öffentlichen und teilöffentlichen Unternehmen der Daseinsvorsorge ja ganz überwiegend die europäischen Wettbewerbs-

regeln gelten würden (vgl. Michael Wendt: Zurück zur Weimarer Republik? Wortmeldung zur Programmdebatte vom 12.10.2010). Letzteres ist richtig, doch folgt daraus, dass DIE LINKE ihr Programm an diese Regeln und Gegebenheiten anpassen muss? Nein, denn wer die neoliberale Wirtschaftspolitik ablehnt, der kann auch das neoliberale Korsett der europäischen Wettbewerbspolitik als Rahmenbedingung des eigenen Handelns nicht einfach akzeptieren.

Gleiches gilt für das Argument, dass Kredite bedient und Schulden bezahlt werden müssen. Auf diesen vermeintlichen Sachzwang werden vor allem unsere Mandatsträger in Ländern und Kommunen schnell stoßen, denn während man auf Bundesebene ja noch argumentieren kann, dass man dem Sparzwang durch eine andere Steuerpolitik entgehen kann, so begegnet man auf kommunaler Ebene oft dem Problem, dass weder große Konzerne noch zahlreiche Millionäre da sind, die man besteuern könnte. Insofern denke ich, dass man über Schuldenmoratorien neu nachdenken bzw. für einen Teilerlass der Schulden kämpfen muss. Das gilt auch für die nationale und internationale Ebene. Denn wie Sahra Wagenknecht zu recht schreibt: *„Ohne eine kontrollierte Entwertung der Vermögens- und Schuldenblase wird es keinen Ausweg aus der Krise geben.“* (Sahra Wagenknecht: *Vor dem Staatsbankrott? Hintergründe und Perspektiven der Staatsverschuldung*, in: *junge Welt* vom 26.07.2010)

Vergesellschaftung beginnt mit der Offenlegung skandalöser Privatisierungsverträge!

Und was ist nun mit dem TINA-Argument, dass Verträge eingehalten werden müssen? Ich denke, hier kann DIE LINKE am ehesten in die Offensive kommen, indem sie sich für eine Offenlegung von Geheimverträgen stark macht und darauf beharrt, dass Verträge über öffentliche Einrichtungen, die ohne Beteiligung der Öffentlichkeit zustande gekommen sind und nur den Interessen privater Investoren, Banken und Konzerne dienen, neu ausgehandelt werden müssen. Geheimverträge sind ja keine Seltenheit, ganz im Gegenteil: Bei Privatisierungen und sogenannten „Öffentlich-Privaten Partnerschaften“ gibt es eigentlich immer geheime Verträge, in denen den privaten Investoren Gewinne garantiert und/oder Risiken und Kosten auf die Allgemeinheit abgewälzt werden. Die Zeit scheint mir günstig, die demokratische Legitimation solcher Verträge anzugreifen. Denn egal, ob man auf Stuttgart 21 oder ob man auf die Privatisierung der Berliner Wasserbetriebe blickt - in all diesen Fällen haben die Abgeordneten, die darüber entschieden haben, doch gar nicht genau gewusst, über was sie da entscheiden, da sie mit falschen Informationen gefüttert und hinter das Licht geführt wurden. „Schluss mit Geheimverträgen“ - diese Forderung des Berliner Wasserbegehrens würde auch gut in unser Programm passen. Schließlich ist Transparenz und freier Zugang zu wichtigen Informationen die sine qua non jeder Demokratisierung. Noch wichtiger aber ist, dass DIE LINKE in ihrer praktischen Politik für die Offenlegung von geheimen Privatisierungsverträgen kämpft. Noch ist es hierfür auch in Berlin nicht zu spät. Nachdem das Volksbegehren „Schluss mit Geheimverträgen — wir Berliner wollen unser Wasser zurück“ die zweite Stufe genommen hat, liegt nun der Ball wieder beim rot-roten Senat, der gut beraten wäre, sich die Forderungen des Volksbegehrens zu eigen zu machen und hier in Berlin ein bundesweit sichtbares Zeichen gegen Privatisierungen und Geheimverträge zu setzen. Denn sollte es hier gelingen, eine komplette Offenlegung der Verträge zu erzwingen und die Verträge schließlich anzufechten, wäre dies nicht nur ein Meilenstein im Kampf um die Vergesellschaftung der Daseinsvorsorge in Berlin, sondern auch ein wichtiger Präzedenzfall, der zur Offenlegung und Delegitimierung geheimer PPP-Verträge in ganz Deutschland beitragen könnte.

Reformprojekte für gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit und sozialistische Perspektiven

Ralf Krämer

Massenerwerbslosigkeit, Armut und Umverteilung von unten nach oben, unzureichende soziale und öffentliche Leistungen für Bildung und Erziehung, Gesundheit und Kultur, zunehmende soziale Spaltung und Ungerechtigkeit, Aushöhlung der Demokratie, fortschreitende Erderwärmung und ökologische Zerstörung, imperialistische Ausplünderung ärmerer Länder und Kriege in aller Welt – das sind die entscheidenden Probleme, denen sich DIE LINKE stellen und für die sie Antworten bieten muss. Antworten, die geeignet sind, durch erfolgreiche Kämpfe gesellschaftlicher und politischer Kräfte reale Verbesserungen und den Einstieg in einen grundlegenden sozial-ökologischen Umbau zu erreichen und den Weg zu einer sozialistischen Umgestaltung zu öffnen.

DIE LINKE hat Antworten, sie stehen unter anderem im Entwurf für ein neues Parteiprogramm. Als zentrale Ursache und Hindernis für eine soziale Bewältigung der Probleme haben wir die Herrschaft kapitalistischer Wirtschaftsweise und Interessen erkannt. Deshalb ist unsere Perspektive die Überwindung des Kapitalismus durch eine demokratisch-sozialistische Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

DIE LINKE will eine grundsätzlich andere Entwicklungsrichtung der Gesellschaft durchsetzen. Nicht mehr die Interessen des Kapitals, sondern die Bedürfnisse der Menschen sollen bestimmend sein. DIE LINKE will den Anspruch aller Menschen auf ein freies, selbstbestimmtes Leben und Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand durchsetzen. DIE LINKE will soziale Gerechtigkeit und Demokratie. Gerechtere Verteilungsverhältnisse sind auch wichtig zur Stärkung der Demokratie, weil die Verfügung über große finanzielle Mittel auch politische Macht verleiht.

Reformforderungen für gute Arbeit und soziale Gerechtigkeit

Erwerbsarbeit sozial gestalten und verkürzen: Die Entwicklung der Produktivkräfte, des gesellschaftlichen Reichtums und der Lebensweise wird wesentlich von der in Formen von Erwerbsarbeit organisierten Produktion von Gütern und Dienstleistungen bestimmt. Erwerbstätigkeit ist nach wie vor Bedingung und Grundlage für gesellschaftliche Anerkennung und Selbstbestimmung. Lohnarbeit und selbständige Arbeit sind im Kapitalismus von Ausbeutung und Entfremdung sowie patriarchalischen Verhältnissen geprägt. Deshalb sind soziale Gestaltung und individuelle Spielräume innerhalb der Erwerbsarbeit zentral.

DIE LINKE will gute Arbeit statt ungesicherter, prekärer Beschäftigung. Leiharbeit und Befristungen müssen gesetzlich stark eingeschränkt und gleiches Entgelt für gleiche und gleichwertige Arbeit durchgesetzt werden. Wir fordern einen gesetzlichen **Mindestlohn** in existenzsichernder Höhe. **Tarifverträge** müssen leichter als bisher für allgemeinverbindlich erklärt werden können. Das Entsendegesetz muss künftig für alle Branchen vorschreiben, dass für alle Arbeitenden die Standards des Arbeitsortes gelten. Öffentliche Aufträge dürfen nur an Unternehmen vergeben werden, die die Tarifverträge einhalten.

Die Arbeitszeiten müssen gemäß den Bedürfnissen der Menschen bei vollem Lohnausgleich verkürzt werden. **Arbeit für alle, aber weniger Arbeit für die Einzelnen** – das wollen wir als neue Vollbeschäftigung. Zugleich muss die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung zurückgedrängt und auch die privat in Haushalten geleistete gesellschaftlich notwendige Arbeit gerechter auf alle Männer und Frauen verteilt werden.

Eine **gerechtere Einkommensverteilung** schafft zugleich mehr Beschäftigung, weil niedrige Einkommen in stärkerem Maße als hohe nachfragewirksam ausgegeben werden, anstatt in Finanzanlagen zu fließen. Nur wenn die Löhne regelmäßig zumindest so stark steigen wie Produktivität plus Preise, entsteht genügend Kaufkraft für mehr Arbeitsplätze.

Wirtschafts- und Finanzpolitik muss die inländische Nachfrage stärken und für ein sozial und ökologisch gesteuertes, qualitatives Wachstum sorgen. DIE LINKE fordert deshalb groß angelegte öffentliche Zukunfts- und Investitionsprogramme in Bildung, soziale, ökologische und Verkehrsinfrastruktur. Die öffentliche und öffentlich finanzierte Beschäftigung in diesen Bereichen ist massiv auszuweiten.

Wir wollen eine **aktive Arbeitsmarktpolitik**, die sich auf Gruppen konzentriert, die besonders schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Wir wollen einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor aufbauen, in dem ihnen sinnvolle und tariflich bezahlte Arbeitsplätze angeboten und zugleich soziale, kulturelle und ökologische Bedarfe befriedigt werden, die der Markt nicht abdeckt.

Die öffentlichen Finanzen wollen wir durch **höhere Einnahmen mit einer gerechten Steuerpolitik** stärken. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Konzerne und andere profitable Unternehmen müssen wieder mehr Steuern zahlen. Wir wollen eine Vermögensteuer in Form einer Millionärsteuer einführen. Steuerschlupflöcher für Vermögende und Großverdiener wollen wir schließen und den Spitzensteuersatz auf mindestens 50 Prozent anheben. Eine Finanztransaktionssteuer soll Spekulation eindämmen und Milliarden Euro für den Kampf gegen die Armut bringen.

Sozialstaat: Freiheit, Selbstbestimmung und demokratische Mitgestaltung erfordern **soziale Sicherheit**. Allen Mitgliedern der Gesellschaft müssen Wohnung und Lebensmittel, Bildung, medizinische Leistungen und Pflege, Informations- und Kommunikationsmöglichkeiten, kulturelle Angebote und Mobilität zur Verfügung stehen.

Wir wollen ein hochwertiges und **soziales Gesundheitswesen** und eine menschenwürdige Pflege. In der Krankenversicherung müssen alle Bevölkerungsgruppen und alle Einkommen in eine solidarische und paritätisch finanzierte Bürgerversicherung einbezogen werden. Diese muss alle medizinisch notwendigen Leistungen zahlen.

In die gesetzliche Rentenversicherung sollen alle Erwerbstätigen einbezogen werden. **Rente und Arbeitslosengeld** sollen Armut verhindern und einen weitgehenden Erhalt des erarbeiteten Lebensstandards gewährleisten. Wessen Einkommen oder Vermögen bei Erwerbslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit und im Alter nicht ausreicht, muss eine bedarfsgerechte und repressionsfreie soziale Mindestsicherung erhalten.

DIE LINKE kämpft für **Geschlechtergerechtigkeit** und gegen die gesellschaftliche Dominanz von Männern über Frauen. Durch sozialstaatliche Regelungen und Dienstleistungen sind gleiche Chancen für Männer und Frauen und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. Hierarchische Arbeitsteilungen zwischen den Geschlechtern wollen wir überwinden. Soziale Beziehungen der Geschlechter müssen den Charakter eines Herrschaftsverhältnisses verlieren.

Ökologischer Umbau: Wir müssen den Verbrauch von Rohstoffen und Energie und den Ausstoß von Schadstoffen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten drastisch vermindern, um den Klimawandel zu stoppen. Die Wirtschaft der Zukunft muss auf der Nutzung der Sonne und anderer erneuerbarer Energien und Rohstoffe beruhen.

An einer Politik, die für ein hinreichendes Angebot guter Arbeitsplätze sorgt, führt dabei für Linke kein Weg vorbei, auch und gerade im Interesse der Erwerbslosen, ihrer Chancen auf eine gute Arbeit und auch auf hohe Sozialleistungen. Das ist der notwendige Kern einer ökonomisch und gesellschaftlich tragfähigen sozialen Alternative. Eine Linke, die dies ignorierte, würde niedergehen und sie hätte es auch nicht besser verdient.

Linkes Ziel ist die Verkürzung und gerechte Verteilung aller gesellschaftlich notwendigen Arbeit auf alle arbeitsfähigen Mitglieder der Gesellschaft. Dabei gilt: Die allgemeine Arbeitszeit kann um so mehr verkürzt werden, auf je mehr Schultern sie verteilt wird, wenn also möglichst alle Arbeitsfähigen beteiligt sind. Mit einem BGE den Ausstieg oder die Ausgrenzung der einen aus der Erwerbsarbeit zu alimentieren und die anderen dafür um so mehr arbeiten zu lassen, ist m.E. kein linkes Ziel.

Für die sozialistische Perspektive ist die Anforderung zentral, den gesellschaftlichen Arbeitsprozess, Produktions- und Eigentumsverhältnisse der Herrschaft des Kapitals zu entziehen und demokratisch zu gestalten. Der im März 2010 vorgelegten Programm-entwurf der Partei DIE LINKE stellt die Veränderung der gesellschaftlichen Eigentums-verhältnisse als entscheidende Frage für die Überwindung des Kapitalismus und den Aufbau einer Gesellschaft des demokratischen Sozialismus dar.

Kapitalismus

Kapitalismus bezeichnet eine Gesellschaft, in der kapitalistische Produktionsweise und kapitalistisches Eigentum die Ökonomie und die Produktionsverhältnisse dominieren. Und die damit maßgeblich die Entwicklung der Produktivkräfte und die gesamten gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse prägen. Mit kapitalistischen Produktions- und Ausbeutungsverhältnissen sind grundsätzlich gegensätzliche Klasseninteressen und daraus resultierende Klassenauseinandersetzungen verbunden.

Der kapitalistische Staat funktioniert auf Basis der kapitalistischen Produktions- und Austauschweise und gewährleistet und sichert deren Bestehen und Funktionieren. Und er vertritt die kapitalistischen Gesamtinteressen wie auch in großem Maße die Interessen einflussreicher einzelner Kapitale und Kapitalgruppen insbesondere auf internationalem Terrain, als imperialistischer Staat.

Aber er steht zugleich auch unter der Einwirkung der anderen gesellschaftlichen Klassen und Kräfte. Und das gilt in besonderer Weise, wenn es sich um ein demokratisch verfasstes Staatswesen handelt. Entscheidend für das konkrete Handeln der staatlichen Organe sind gesellschaftliche und politische Kräfteverhältnisse. Dafür sind parlamentarische und Regierungskonstellationen ein ganz wichtiger Faktor, aber keineswegs der einzige oder letztlich entscheidende.

Aber es gibt auch Strukturen, in denen sich der Einfluss der lohnabhängigen Klasse und demokratischer Kräfte auf den Staat niedergeschlagen hat. Und neben dem demokratischen Rechtsstaat meine ich hier insbesondere den Sozialstaat im weitesten Sinne, die gesetzlichen Sozialversicherungen und das gesamte Sozialleistungssystem, die öffentlichen Dienstleistungen und Daseinsvorsorge, öffentliche Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen, die Umverteilung über das Steuersystem, Arbeitnehmerschutzrechte und sonstige soziale Rechte, Verbraucherschutz, Koalitionsfreiheit, Tarifrecht, Betriebsverfassung, Mitbestimmung usw.. Die machen einen großen Unterschied, für die Einzelnen,

aber auch für die gesellschaftlichen Strukturen und Kräfteverhältnisse, für die Klassenformierung, für die Verteilungsverhältnisse, für die Produktionsverhältnisse.

Öffentliche Unternehmen machen einen Unterschied gegenüber privat-kapitalistischen. Sie bieten zumindest die Möglichkeit für demokratische Kontrolle und für die Ausrichtung des Zwecks und der Führungsorgane der Unternehmen an demokratisch bestimmten Zielsetzungen statt an Profitinteressen.

Kapitalistische Kräfte versuchen ständig, diese Institutionen in ihrem Sinne einzuschränken und einzupassen in die vorherrschende Markt- und Profitorientierung. Und Gewerkschaften und soziale und demokratische Organisationen und Bewegungen sind ständig damit beschäftigt zu versuchen, das abzuwehren und eine Gestaltung und Weiterentwicklung dieser Einrichtungen im Interesse der Lohnabhängigen und im Sinne sozialer, ökologischer und anderer demokratischer Ziele durchzusetzen.

Konzeption einer sozialistischen Systemalternative

Die strukturelle Dominanz des Kapitals, kapitalistischer Produktion und kapitalistischer Interessen muss überwunden werden. Das heißt, „Sozialismus“ ist dann nicht der Sammelbegriff für alles Gute und Schöne, was sich Linke so wünschen und vorstellen. Sondern das Kriterium für Sozialismus als Gesellschaftsformation ist, dass die ökonomischen, sozialen, politischen und rechtlichen Verhältnisse so sind, dass demokratische Gestaltung sich entfalten und durchsetzen kann und nicht durch die Vorherrschaft des Kapitals durchbrochen wird.

Dafür bedarf es vielerlei. Es muss ein demokratischer Rechtsstaat sein. Notwendig ist eine neue Qualität sozialstaatlicher Absicherung, um persönliche Abhängigkeit und Diskriminierung zu überwinden. Nötig ist die Durchsetzung des Rechts auf Arbeit bzw. die Verwirklichung einer neuen Vollbeschäftigung. Alle müssen die Möglichkeit haben, zu guten Bedingungen und angemessen bezahlt am gesellschaftlich organisierten Arbeitsprozess teilzunehmen. Das muss verbunden sein mit der Ausweitung der Schutz-, Selbst- und Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten. Die Ungleichheit der Einkommen und Vermögen muss massiv reduziert werden. Die verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche müssen demokratisiert werden. Und als Basis einer sozialistischen Gesellschaft brauchen wir dazu eine *Wirtschaftsordnung*, die demokratisch sozialistisch gestaltet ist.

Aber was heißt das? Zwei Fragen sind dafür zentral: Die Eigentumsverhältnisse und die Frage von Planung und Steuerung der wirtschaftlichen Entwicklung. In diesen beiden Fragen, die miteinander zusammenhängen, müssen wir sozialistische Dominanz durchsetzen. Und wir müssen dies in einer Weise schaffen, die gegenüber dem Kapitalismus *überlegen* ist. Die also zum einen die individuellen Bedürfnisse der Mehrheit der Menschen besser befriedigt. Und die zum anderen, und das wird immer wichtiger, die allgemeinen Lebensbedingungen positiv und nachhaltig gestaltet, also die natürlichen Lebensgrundlagen und Umweltbedingungen, die ökonomischen und sozialen Infrastrukturen, die öffentlichen Dienstleistungen, die sozialen Verteilungsverhältnisse, die kulturellen und politischen Bedingungen.

Vergesellschaftung

Für die Eigentumsverhältnisse bedeutet das m. E., dass wir zunächst sozusagen strategisch und ökonomisch zentrale Sektoren demokratisch vergesellschaften müssen. Dafür müssen wir sie zunächst in gesellschaftliche Eigentumsformen überführen, sie privatkapitalistischem Eigentum entziehen. Wir sind uns weitgehend einig in der LINKEN, dass dazu die Daseinsvorsorge und die gesellschaftliche Infrastruktur gehören, die Energieversorgung, der Finanzsektor. Der Finanzsektor ist dabei m. E. deshalb von be-

sonderer Bedeutung, um Finanzflüsse und die damit finanzierten Investitionen kontrollieren und steuern zu können.

Darüber hinaus sagen wir im Programmentwurf: „Strukturbestimmende Großbetriebe der Wirtschaft wollen wir in demokratische gesellschaftliche Eigentumsformen überführen und kapitalistisches Eigentum überwinden. Auf welche Bereiche, Unternehmen und Betriebe sich die demokratische Vergesellschaftung erstrecken und in welchen öffentlichen oder kollektiven Eigentumsformen (staatliches oder kommunales Eigentum, Genossenschaften, Belegschaftseigentum) sie sich vollziehen soll, muss im demokratischen Prozess entschieden werden.“

Meines Erachtens ist aber klar, dass es dabei nicht um das ob, sondern um das welche und wie und wann geht. Das steht aktuell nicht auf der politischen Tagesordnung, darum brauchen wir das jetzt noch nicht zu bestimmen, und wir können es beim gegenwärtigen Stand der Entwicklung auch nicht. Das zentrale Kriterium muss dabei m. E. wie gesagt sein, eine Dominanz sozialistischer Gestaltung durchzusetzen. Und das hat eine ökonomische und eine politische Seite, weil konzentrierte Wirtschaftsmacht immer auch politische Macht ist.

Dazu gehören dann zweitens ein wirkungsvolles System demokratischer Rahmenplanung und ökonomischer Steuerung und der Lenkung der zentralen Investitionen, und eine Wirtschaftspolitik mit erweiterten Möglichkeiten auf dieser Basis. Im Programmentwurf heißt es: „Wirtschaftliche Entwicklung darf nicht nur dem Markt und den Unternehmen überlassen, sondern muss in ihren Grundrichtungen demokratisch gesteuert werden.“ Wir brauchen dazu ein differenziertes System der Wirtschaftsdemokratie auf allen Ebenen. Vom Betrieb bis zur internationalen Ebene und in den verschiedenen Wirtschaftssektoren. Darüber wie das genau aussehen kann gibt es noch erheblichen Diskussionsbedarf. Insbesondere auch die fortgeschrittene Internationalisierung des großen Kapitals wirft viele Fragen auf, wie damit umgegangen werden kann.

Das heißt aber auch: So wie es im Kapitalismus verschiedene Produktionsweisen und Eigentumsformen unter der Dominanz der kapitalistischen gibt, so gibt es auch im demokratischen Sozialismus eine Kombination verschiedener Produktionsweisen und Eigentumsverhältnisse, unter der Dominanz vergesellschafteten Eigentums und demokratischer Steuerung und Planung. Es gibt also weiter einen großen, quantitativ sogar überwiegenden Bereich privater kleiner und mittlerer Unternehmen. Der braucht auch gute Entwicklungsmöglichkeiten, um seinen Aufgaben in der gesellschaftlichen Produktion gerecht werden zu können. Wir reden also von einer gemischten Wirtschafts- und Eigentumsordnung.

Das alles ist durchaus im Rahmen des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland zu verwirklichen. Nicht vereinbar sind diese Vorstellungen allerdings mit den bisherigen Vertragsgrundlagen der EU. Auch deshalb fordert DIE LINKE eine Neubegründung der EU mit einer neuen Verfassung.

Referenten

Gretchen Binus

hat Wirtschaftswissenschaften und Wirtschaftsgeschichte bei Professor Jürgen Kuczynski studiert, war Professorin am Institut für Wirtschaft und Politik (IPW) in Berlin und an der Martin-Luther-Universität in Halle. Für die Bundestagsfraktion der Partei DIE LINKE hat sie die Studie „Europäische Union: Konzernentwicklung und EU-Außenpolitik“ verfasst (erhältlich: versand@linksfraktion.de).

Ellen Brombacher

hat ihre Jugend bis zur 7. Klasse im Ruhrgebiet erlebt. In der DDR war sie Mitglied der SED, langjährige FDJ- und Parteifunktionären und 1989 Mitglied des Arbeitsausschusses, der die SED zur PDS transformiert hat. Sie ist Bundessprecherin der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE und aktiv im Bezirksverband Mitte.

Fabio de Masi

ist Diplom-Volkswirt und hat einen Abschluss als Master in Internationalen Beziehungen der Universität Kapstadt/Südafrika. Er ist Mitarbeiter des Chefvolkswirts der Fraktion DIE LINKE im Deutschen Bundestag, Michael Schlecht. 2009 war er Kandidat der Partei DIE LINKE für die Wahlen zum Europaparlament. Er ist Mitglied der Programmarbeitsgruppe der Sozialistischen Linken.

Ralf Krämer

ist Sozialwissenschaftler und Ökonom, war viele Jahre Mitglied der SPD in Nordrhein-Westfalen, 1987-1993 Juso-Landesvorsitzender. 1999 Austritt aus der SPD. 1993 bis 2000 war er Redaktionssekretär der Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft, seit 2002 arbeitet er als Gewerkschaftssekretär für den Bereich Wirtschaftspolitik beim ver.di-Bundesvorstand. Er war einer der Initiatoren der Bildung der WASG, ist Mitglied im Bundessprecherrat der Sozialistischen Linken, war Mitglied der Programmkommision und ist jetzt Mitglied der Redaktionskommission der Partei DIE LINKE.

Lydia Krüger

hat Soziologie und Politologie studiert und über Finanzkrisen in Schwellenländern promoviert. Sie ist wissenschaftliche Mitarbeiterin bei Sahra Wagenknecht im Bundestag, aktiv im Bezirksverband DIE LINKE Tempelhof-Schöneberg und in der AG Antiprivatisierung.

Ekkehard Lieberam

war Mitglied der "Sozialistischen Jugend 'Die Falken'" und der SPD in Braunschweig und ist nach der Einberufung zur Bundeswehr in die DDR übergesiedelt. Nach dem Studium der Rechtswissenschaft in Leipzig war er wissenschaftlicher Mitarbeiter und Professor an der Karl-Marx-Universität Leipzig und an der Akademie der Wissenschaften in Berlin. Er hat zusammen mit Werner Seppmann das Projekt Klassenanalyse@BRD der Marx-Engels-Stiftung in Wuppertal geleitet.

Kurt Neumann

ist Jurist und Referent für Europapolitik der Fraktion DIE LINKE im Bundestag. Er war viele Jahre Mitglied der SPD, dort Mitglied des Berliner Landesvorstands und für die SPD im Berliner Abgeordnetenhaus. 1994 wurde er im damaligen Wahlkreis Kreuzberg/Schöneberg als MdB für die SPD direkt gewählt.

Andreas Wehr

ist Jurist, war von 1971 bis 1998 Mitglied der SPD, Juso-Vorsitzender in Berlin und Mitglied des Landesvorstands der Berliner SPD. Er ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Konföderation der Vereinigten Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europaparlament und Buchautor u.a. von: Griechenland, die Krise und der Euro, erschienen im Oktober 2010 im PapyRossa-Verlag.